

Ersteilt täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 Pf. vierteljährlich 1,50 Mk. jährlich 3,00 Mk. ...

„Die neue Welt“ (Interdisziplinäres), durch die Welt nicht be- ...

Erstausg. Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Reichsanstalt Halle/Saale.

Die neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

„Mein Eid ist Meineid.“

Herr v. Einem, der preussische Kriegsminister, hat am Sonnabend für seinen Bericht, die Sozialdemokratie über die ...

Der preussische Kriegsminister hat seine Parolität mit einer schweren parlamentarischen Niederlage gebüßt. Es war eine Parolität, daß ein verantwortlicher Vertreter des preussischen ...

Wenn in die dramatisch hochgespannten Reichstagsdebatten des Sonnabends auch ein Element der großen Stille getragen wurde, so ist das dem freisinnigen Vizepräsidenten des Reichstags, Herrn Kaempf, zu danken. ...

Herr Kaempf ... Was aber den öffentlich rechtlichen Eid, den Verfassungen und Büchernen betrifft, so hat sich der ...

Genau derselbe Fall ereignete sich dann zum zweitenmal, als Herr Kaempf die einfache geschichtliche Tatsache ansprach: ...

Die Rechte tat, als ob ihr das etwas ganz Neues wäre und rief „Anerkennung!“ Der freisinnige Vizepräsident aber erhob sich zum zweitenmal und rief dem Gen. Franz zum zweitenmal zur Ordnung. ...

Zu einer Zeit, da es noch keine Sozialdemokraten gab, prägte ein freisinniges Mitglied das bittere geschichtliche Scherzwort: „Mein Eid ist Meineid.“ Und der allseitig murmelte Wort der damals noch durchweg freisinnigen Bevölkerung Berlins behauptete von einem preussischen König, er habe bei der feierlichen Eidesabgabe nicht gesagt: „Ich gelobe und schwöre, daß ich das alles halten werde.“ ...

So standen die Dinge einst, wie stehen sie jetzt? Ein preussischer Minister wagt es im Reichstag, die Stellung einer dem Reichstag angehörenden Partei zum Eide in ungläubiger Weise zu verächtigen. ...

Man darf den Sozialdemokraten vorhersehen, sie nähmen es mit dem Eide nicht genau und brauchten es dabei selber mit der Wahrheit nicht genau zu nehmen — die Sozialdemokraten dürfen sich dagegen nicht verteidigen, ohne daß ihnen die parlamentarische Redefreiheit beschränkt wird! ...

Der Verlauf der Sitzung.

Von dem Reichstage wird uns geschrieben: Die Reichstags-Sitzung vom Sonnabend aber vielmehr die beiden Sitzungen dieses Tages waren reich an dramatischen Elementen und werden stets eine gute Seite in der parlamentarischen Geschichte der Sozialdemokratie füllen. ...

So sprachen denn die ersten beiden Redner der ersten Sonnabend-Sitzung, die freisinnigen Gotthein und selbst Müller-Meinungen, mit einem gewissen Aufgebot von Bürgerstolz und Witzgefühl. ...

Die parlamentarischen Charaktere der Redefreiheit waren inzwischen ermüdet worden. Der vom Moloch mit Aufstößen und Schreien mißhandelte Freilicht wurde diesmal denn doch nicht die Woge des Schinderechts spielen. ...

händlich erschien. O ja, diese Rede hätten die von Vor- und Wasserstrom gern der deutschen Öffentlichkeit unterzogen. Da wurde die Wilson-Methode des Zitterens als das Entschuldigende, was sie ist; da passierten die eindrucksvollen Kurven, die lange Reihe gekrümmter Verfassungsbrüche, da wurde an den ...

Der weitere Verlauf der Sitzung förderte wenige interessante Momente zutage. Die Generaldebatte schloß, Herr Paasche schien bei den Einzelheiten wieder einmal parlamentarische ...

Allerlei von der Steuererei.

Die Gas- und Elektrizitätssteuer abgelehnt! In der Finanzkommission des Reichstages wurde am Sonnabend die Gas- und Elektrizitätssteuervorlage beraten. ...

Das Ende der Kaffeesteuer. Nach Ablehnung der Anzeigersteuer legt die Regierung keinen Wert mehr auf die Kaffeesteuer, da diese für sich allein einen ganz minimalen Betrag liefern würde. ...

Die neueste Tabaksteuervorlage. Die Subkommission für die Tabaksteuer hat sich am einen national-liberalen Antrag geneigt haben, der neben der Erhöhung der Gewichtsteuer für inländischen Tabak auf 75 Pf. für den Doppelzentner eine ...

Eine Reichswertzuwachssteuer? Wie die „Berliner Zeitung am Mittag“ wissen will, trübt sich die Regierung mit der Absicht, als Ersatz für die abgelehnte Inzertatensteuer und die etwa noch fallenden anderen Steuervorlagen den Entwurf einer ...

Der Streit um die Deute. Unter den Brandstimmungen brennen es ein Zwist ausgebrochen. Während die agrarischen Brenner darauf dringen, daß das Monopol doch noch zur Landeskasse wird, treten die industriellen Brenner und die Spirituosens-Interessenten für den Steuervorschlag der Subkommission ein. ...



Die Stellung des Freiwirtschaftlers. Die freiwirtschaftliche Reaktion ist auch in ihrer Stellungnahme zur Freiwirtschaft unklar. Ein Teil vertritt die Freiwirtschaft unbedingte; der andere Teil ist dann für eine Freiwirtschaft zu haben, wenn die Abwägung auf den Konsum geföhrt ist.

Damit verlegt der Freiwirtschaftler wieder einmal einen seiner freieren „Grundzüge“. Zu Eugen Richters Zeiten schmerzte der Freiwirtschaftler hoch und teuer, daß er von solchen Steuern nichts wissen wollte, die den Konsum belasten. Die jetzige Haltung eines Teils der freiwirtschaftlichen Reaktion ist vermutlich auch eine Folge des „vererbenden Einflusses“ des Blods.

Der starke Mann.

Am preussischen Dreiklassenhaufe produzierte sich am Sonnabend Herr v. Breitenbach als „der starke Mann“ gegen die Sozialdemokratie, der schon so lange geföhrt wird. Er übertrug sogar mit seiner von großer Geschwindigkeit gegen die Sozialdemokratie erfüllten Rede die Schärfermacherpanne, die Herr v. Jellisch kurz vor ihm gehalten hatte. Die Veranlassung zu beiden Reden hatte Genosse Reinert gegeben, der sich in einer gut durchgearbeiteten und auf einem einwandfreien Jahressummenmaterial erhaltenden Rede des Lesers der preussischen Eisenbahnen annehmen hatte. Reinert ließ seine Forderungen, daß jedes Wort der Kritik überflüssig war. Der Durchschmittschnitt eines preussischen Eisenbahnarbeiters beträgt nach den eigenen Feststellungen der Verwaltung ganze 4,18 Mark pro Tag, was einem Jahresverdienst von etwa 600 Mark gleichkommt. Mit diesem Jahresverdienst erbärmlichen Lohn müssen Hunderttausende von Eisenbahnarbeitern auskommen, denen noch dazu in ungeschicklicher und verfassungswidriger Weise die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich gemacht wird. Verantwortlich beträgt das Existenzminimum, das steuerfrei bleibt, 900 Mark. Damit wollte die Gesetzgebung sagen, daß diese Summe zur Bestreitung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Der preussische Staat aber misachtet in seiner Eigenschaft als größter Unternehmer diese Grenze und entlohnt seine reich und wohlbesetzten Arbeiter mit einer Summe, wie sie kein Privatbetrieb seinen Angestellten zu bieten wagt, und wie sie wohl nur noch in den entlegentesten Gefilden Ostpreußens geöhrt wird. Ungefähr dieselbe Tatsache hat die preussische Regierung die Eltern in einer Denkschrift die Frage aufzuwerfen, ob die Grenze der Summen für den Erwerbigen gegenüber nicht bereits überschritten ist. Die schärfsten Worte sind nicht feierlich genug, um diese Verhöhnung aller sozialpolitischen Bemühens zu brandmarken. Da brüht sich Herr v. Breitenbach mit der Steigerung der für Wohlhabende aufgewendete Summe von 50 Millionen Mark, und die Forderung der bürgerlichen Parteien warnten schon davor, noch weiter zu gehen. Dieser Forderung will Reinert die Masse vom Gesicht herunter, indem er nachdrücklich, daß dieses Mehr nur deshalb erzielt werden könnte, daß man die gesamten Pensionen und die Offiziersgehälter zu den Wohlhabenden zurechnet hat. Wenn man diese Summen abzieht und wenn man auch das in Abzug bringt, was die preussische Bahnbewirtschaftung auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ihren Angestellten zu gewähren verpflichtet ist, dann bleiben für den Arbeiter jährlich ganze 850 Mark übrig, die der Staat ihnen gewährt! Das ist die Wohlhabendste Forderung, das ist die Wahrheit!

Einen großen Teil seiner streng sachlichen Ausführungen widmete Reinert einer scharfen Kritik der Arbeitszeit. Beim Solomotivpersonal und bei den Zugbegleitungsmannschaften können Arbeitszeiten bis zu 15 Stunden vor. Ist es da ein Wunder, wenn sich solche abgearbeitete Leute einmal ein Bescheiden ausfallen können lassen? Die meisten Verhältnisse sind zur langen Arbeitszeit aber für Frauen, dessen Verhältnis nach einem kaiserlichen Wort „Wahlbetriebe sein sollen, noch die Rechtsnachfolger. Für die Eisenbahnarbeiter ist das Vereinsrecht nur leerer Schall. Zu strecken und streben und zu

politischen Gewissen werden die Eisenbahnarbeiter erzogen und das Dreiklassenrecht macht es ihnen noch dazu unmöglich. Männer ihres Vertrauens zu wählen. Ein weißes Geschimpfe auf unsere Partei, mit dem Herr v. Jellisch und Minister v. Breitenbach antworteten, war alles, was sie gegen Reinerts sachliche Ausführungen vorzubringen konnten. Herr v. Breitenbach versicherte mehrere Male, daß die preussische Regierung gegen die Sozialdemokratie „hart“ bleiben werde. Nun, wir werden auch mit Herrn v. Breitenbach fertig werden!

Verrat an den Bergarbeitern.

Die Bergeskommission des Reichstages hat am Freitag Abend wieder eine Sitzung abgehalten in der letzten Sitzung beschlossen worden war, daß der Arbeiterauschuss durch die Sicherheitsmänner gewählt werden soll, solange letzter der tonnerartige Verfallensausgang, der die Vorlage erliegen soll, zur Beratung. Zunächst stand § 80 I zur Debatte. Der Paragraph lautet:

„Auf denjenigen Bergwerken oder selbständigen Betriebsanlagen, auf welchen in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, müssen Sicherheitsmänner (§ 80 I, g) und ein Arbeiterauschuss (§ 80 I, i) vorhanden sein.“

Von sozialdemokratischer Seite und vom Zentrum wurde beantragt, daß 100 Arbeiter 20 zu setzen. Der Antrag wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Sodann kam § 80 I, a zur Beratung: „Die Zahl der Sicherheitsmänner ist je zu bestimmen, daß auf jede zur Zeit der Wahl b-fähige Steigerabteilung ein Sicherheitsmann entfällt.“

Sie zu beantragen der sozialdemokratische Vertreter, daß auf eine Steigerabteilung „mindestens“ ein Sicherheitsmann entfällt. Der Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

§ 80 I, b bestimmt: 1. die Wahl der Sicherheitsmänner erfolgt nach Steigerabteilungen. Jede Steigerabteilung wählt aus ihrer Mitte einen Sicherheitsmann; die Wahl ist unmittelbar und geheim.

Der sozialdemokratische Vertreter beantragte, die Wahl der Vertreter für alle Steigerabteilungen gemeinsam nach den Grundregeln der Verhältniswahl vorzunehmen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt gegen zwei Stimmen. Die Kontrahenten gaben die Erklärung ab, daß sie die öffentliche Wahl für die Sicherheitsmänner grundsätzlich für richtig halten. Die Bestimmungen der geheimen Wahl nur, weil sie bereits im Gesetz enthalten ist.

Die Mehrheit gegen die Bestimmungen über das aktive Wahlrecht zur Beratung. Die letzten:

2. zur Wahl berechtigt sind nur volljährige Arbeiter, welche seit Gründung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, daß alle zur Zeit der Wahl auf dem Bergwerk beschäftigten Arbeiter wahlberechtigt sein sollen. Das Zentrum beantragte, daß alle volljährigen Arbeiter, welche mindestens ein Jahr Bergarbeit verrichtet haben, das Wahlrecht besitzen sollen. Raegen verlangte die Nationalliberalen, zur Wahl berechtigt soll nur sein der Arbeiter, der mindestens 25 Jahre alt ist und der unterirdischen Beschäftigung seiner Grube ununterbrochen entweder seit Gründung des Betriebes oder seit mindestens drei Jahren angehört.

Ueber diese Anträge wurde lebhaft debattiert. Der Minister erklärte sich gegen diese Beschränkungen, die die Nationalliberalen schaffen wollten. Die Freiwirtschaftler waren damit einverstanden, sie haben angeblich keine guten Erfahrungen von den Arbeiterschichten gemacht. Der nationalliberale Antrag wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen, was die Freiwirtschaftler lebhaft bedauerten. Der Sozialdemokrat betonte, daß, wenn man solche Beschränkungen einführt, es doch besser sei, man überlasse den Werksbesitzern die Auswahl der Sicherheitsmänner. Es sei ganz ungerechtfertigt, Bedingungen an das Wahlrecht zu knüpfen, die nicht von dem Arbeiter abhängig sind. Wenn ein Arbeiter noch nicht ein volles Jahr auf der Grube beschäftigt ist, so ist das nicht Schuld des Arbeiters, da aber auch dessen Leben und Gesundheit zu schützen ist, so muß ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, die Auswahl der Personen mit vorzunehmen, die für seinen Schutz einzutreten sollen. Der sozialdemokratische Antrag wurde aber gegen eine und der Zentrumsantrag gegen sieben Stimmen abgelehnt.

Ueber das passive Wahlrecht bestimmt die Vorlage und der tonnerartige Antrag folgendes:

„Die Sicherheitsmänner müssen mindestens 30 Jahre alt sein und seit Gründung des Betriebes oder mindestens drei Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Sie müssen mindestens fünf Jahre ununterbrochen und davon mindestens zwei Jahre als Hüter beschäftigt gewesen sein. Wähler und Sicherheitsmänner müssen die bürgerlichen Ehrenrechte und die deutsche Reichsbürgerfähigkeit besitzen, die Sicherheitsmänner überdies der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Eine Unterbrechung der Arbeit liegt nicht vor, wenn Arbeiter unmittelbar nach Beendigung einer militärischen Dienstleistung, eines Ausstandes oder einer Ausbreitung wieder zur Beschäftigung auf demselben Bergwerk angenommen werden, ohne inwieweit auf einem anderen Bergwerk beschäftigt gewesen zu sein.“

Dazu wurde von den Sozialdemokraten und vom Zentrum beantragt, das Alter auf 25 Jahre und die ununterbrochene Beschäftigung auf ein Jahr herabzusetzen. Die Nationalliberalen waren wieder bereit, erhebliche Verbesserungen herbeizuföhren. Sie bezielten sich vor, für die zweite Lesung eine für die Arbeiter ungünstigere Fassung zu beantragen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge, das Alter auf 25 Jahre herabzusetzen, mit allen gegen neun Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen und Freiwirtschaftler.

Die Herabsetzung der ununterbrochene Beschäftigung auf ein Jahr wurde mit allen gegen zwei Stimmen, dem Sozialdemokraten und einem Zentrumsmittglied, abgelehnt. Gegen die Zentrumsanträge bezüglich der einjährigen Beurlaubung.

Gegen die Stimme des Antragstellers wurde auch der Antrag der Sozialdemokraten, hinter unterirdisch einzuföhren: oder im Tagebau abgelehnt.

Dann wurde über den dritten Absatz des § 80 I, b beraten, der lautet:

„Die Sicherheitsmänner sind auf mindestens ein und auf höchstens fünf Jahre zu wählen. Der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl bekannt zu geben.“

Der Sozialdemokrat beantragte, statt fünf Jahre drei Jahre zu setzen, das Zentrum wollte vier Jahre festsetzen. Diese Anträge wurden jedoch mit vier gegen neun Stimmen abgelehnt.

Danach wurde die Beratung abgebrochen. Der Erfolg der ersten Beratung bezüglich des Wahlrechts und der Sicherheitsmänner ist also, daß die Nationalliberalen mit ihren Verbesserungsanträgen durchgefallen sind. Bei der zweiten Lesung werden wir noch schönere Dinge erleben. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen ist gar nicht darauf zu rechnen, daß irgend welche Verbesserungen in der Gesetzesvorlage Aufnahme finden. Die Freunde der Bergarbeiter haben eine kompakt arbeitenden Majorität gegenüber.

Bergarbeiter! Merkt Euch das!

Politische Uebersicht.

Salle, den 22. März 1909.

Bilow freit.

Am der Budgetkommission des Reichstages am Sonnabend teilte der Vorredner zu Beginn der Sitzung den Inhalt eines Schreibens des Reichstages mit. In diesem Schreiben erklärt der Reichstages, daß er nicht in der Lage ist, vor der Budgetkommission zu erscheinen, um Auskunft über den beruflichen Stand zu geben, der von dem Staatssekretär für das Auswärtige Amt, Schön, beantragt, eine Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben, behalte sich aber vor, zu einer ihm vordringend erziehenden Zeit sich über den Flottenbau zu äußern. Ohne Debatte wurde das Schreiben zu Protokoll genommen. Die Kommission trat sodann in die Weiterberatung des Marineetat ein; einige Positionen wurden ohne wesentliche Änderungen genehmigt.

Von der gesamten bürgerlichen Berliner Presse nimmt nur ein einziges Blatt, die antirealistische „Staatsbürger-Zeitung“ zu Wilhelms Brief Stellung und zwar insofern, als sie zumittend (!) schreibt: Wir verstehen es, daß der Kaiser grundtätigste Bedenken trägt, sich von einer Kommission ausfragen zu lassen.

Der „Vorwärts“ wendet sich selbstverständlich sehr entschieden gegen die Druckerei Wilhelms. Er schreibt:

„Man kennt uns die Finten und Schliche des Mannes, der noch immer deutscher Kaiser ist, zur Genüge, um sich nicht zu wundern, daß Bilow in dem Moment, wo er vor der Budgetkommission die Folgen seiner Politik für unser Verhältnis zu England zu verantworten hätte, sich dem Eingreifen des Bankrotts entziehen möchte. Er trübt er in nachgerade in politische Bilanzierung ein Weiter gerordet. ... Befähigt die Möglichkeit der Budgetkommission aus Männern und nicht aus bürgerlichen Volk-

Kleines Feuilleton.

Was heißt Bildung?

Von der Wiener Wochenzeitung: „Das Wissen für Alle“. Der Affentier der bekannte Wiener Universitätslehrer Prof. Dr. Friedrich Jodl über die Frage: „Was heißt Bildung?“ einen trefflichen Aufsatz, dem wir folgende Auszüge entnehmen: Gebildet ist nicht nur, wer eine Abnung besitzt von den vielfältigen Verhältnissen und der Art und Weise ihrer Zusammenhänge, die den großen Bau unserer Kultur tragen und unseren Zusammenhang mit der Umwelt vermitteln — gebildet ist auch derjenige, welcher eine Abnung hat von den Döpfen, welche die Kultur fordert, und von den Schwierigkeiten, die Güter der Kultur allen bis zu einem gewissen Grade zugänglich zu machen. Gebildet ist nicht nur derjenige, der sich verständnisvoller über die Werte der Kunst, der Sprache, der Wissenschaft, des Rechts, der Sitten, der geselligen und verkommenen Mensch, der Mensch mit ungeschickten oder rohen Lebensformen so oft behandelt werden — der verständnisvollen Härte, welche die einzelnen Klassen der Gesellschaft einander und ihren Bedürfnissen entgegenbringt. Ungedildet ist in diesem Sinne ein Willkürlicher der vorzugsweise „gebildet“ genannten Klassen ebenso ist, als sogenannte Ungebildete. Man kann vieles gelernt haben, man kann ein ausgezeichneter Spezialist, ein erfolgreicher Forscher auf einem Teilgebiete sein und doch ungebildet; man kann verhältnismäßig wenig wissen und doch gebildet sein. Und von hier aus geht sich uns der gemeine Willkürlicher in der Bildung. Bildung ist kein Wert, immer mehr gefasstes und voll getriebenes Wissen, sondern es ist ein Wissen, sondern ist eine aus den gewonnenen Kenntnissen sich entwickelnde Kraft. Die Kraft, im Kleinen das Ganze zu sehen, vom Einzelnen aus die Gesamtheit zu kontrahieren; sich am Ausblick auf die ganze Weite des menschlichen Daseins zu öffnen und in der Größe dieses Ausblickes sich kein kleines Selbst zu vergraben. Es liegt schließlich nichts daran, ob dieser Ausblick etwas weiter reicht oder beschränkter ist — ganz anders sieht niemand, denn der ferne Horizont ist ja nur ein scheinbarer Abföhler für das, was in Wahrheit gegenwärtig ist — wenn nur ein Ausblick da ist und geschäft wird, und der Mensch nicht glaubt, das Kammerherrn, in dem er lebt, und der Mensch blinder Schein, das ist seine Welt, sei die Welt.

Und von hier aus ergibt sich auch die Korrektheit der Behauptung, daß, verglichen mit der Größe und Mannhaftigkeit der zu bewältigenden Kulturarbeit, jeder in einem gewissen Sinn ungebildet genannt werden müsse. Ungebildet ist, wer sich gebildet nicht ist; unter der Voraussetzung, daß er durch sein Wissen nicht, wie es so oft der Fall ist, die Geringschätzung, die das erwirbt, was außerhalb seines Kreises liegt, sondern den Blick auf das Ganze und das Verständnis für den Wert aller Zweige der weitverbreiteten Kulturarbeit.

Wenn wir aber die Bildung so fassen, dann verliert der oft gehörte Vorwurf gegen uns und untere Vorföhren, was braucht der Arbeiter, was brauchen die unteren Klassen denn Bildung? — sie können nichts damit anfangen und werden dadurch nur unglücklich — nicht nur allen Sinn, sondern er wird von dem aus betrauert, was in unserer Kultur bereits Tatsache geworden ist, geradezu eine Nachkolosse! Unglücklich sind die Arbeiter, wenn man ihnen hinsichtlich ihrer feinen Bewußtsein zu entwickeln die Ergebnisse seines Daseins zu erweitern, teilzunehmen an den Schätzen der Kultur? Sich mit Verständnis einzugliedern in den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang?

Eine Kultur, die man zum Monopol einer Klasse machen will, gleicht dem Sonnenstrahl, den man einsperrt, damit er sich nicht verflamme, damit er nicht die Vorföhren, die seiner unwürdig sind. Für ihn gibt es aber nichts Unwürdiges; er verzehrt alles, das Große und das Niedrige, das Edle und Gemeine. Wo er hintritt ist Freude und Mitleid, und Wachstum, und Sterben der affigen lebenszerstörenden Meime. Er gehört allen, weil auch die Vorföhren, die ihn ausstrahlt, nur durch die Arbeit, das Leid, die Mühsal, die Entbehrung aller entstehen konnte.

Sonnenschein und Wolkenschein.

Die chemische Untersuchung des geschmolzenen Schnees zeigt deutlich, wie sehr der Schneefall luftreinend wirkt. Deshalb getraute die Analysen natürlich auch einen Schluß auf den Reinheitsgrad der Luft. Das Untersuchungslaboratorium des Londoner Vaneet hat dies zum Ausgangspunkt eines höchst lehrreichen Vergleichs der Reinheit der Luft am Sonntag und an Wochentagen genommen. Es ist klar, daß am Sonntag, wo weit weniger Feuerstellen brennen und auch viele andere Quellen der Luftverunreinigung verfallen, das Schmelzwasser des Schnees weit reiner ausfällt als am Montag. Die vergleichenden Analysen ergaben tatsächlich, daß die Menge der in der Luft

(Schwebenden festen Teilchen: Staub, Kohle, Asche usw. am Sonntag nur etwa ein Fünftel von der gewöhnlichen betrug. Die Menge der gelösten Mineralstoffe nur die Hälfte, und die der organischen Substanzen weniger als ein Drittel, während der Schmelzwassergehalt fast gänzlich verfehlt. Ammoniak und Salzgehalt zeigten gleichfalls eine geringe Abnahme. Insgesamt enthielt der Sonntagschnee rund ein Fünftel der gewöhnlichen Verunreinigungen. Besonders bemerkenswert ist das fast völlige Fehlen der Schwefelsäure, das im Verein mit dem übrigen Befund deutlich erkennen läßt, daß die Schmelzwasser nicht nennenswert durch Kohlenstoff verunreinigt ist. Nichtsdestoweniger ergab sich, daß auch der sonntägliche Schneefall, der das Material zu den Versuchen lieferte, auf die Oberfläche der Grafschaft London nicht weniger als 1500 Zentner fetter Körper in Lösung, 2840 Zentner suspendierter Stoffe, 200 Zentner Kohle, 500 Zentner Salz und 30 Zentner Ammoniak enthielt. Eine Untersuchung des Versuchs vertritt praktisch wertvolle Ergebnisse und sollte überall geföhrt werden.

Die Weltbundesflotte.

Im Jahre 1907-08 betrug der Anteil der wichtigsten Kulturländer an der Weltbundesflotte:

	Dampfer	Gesler	Gesamttonnage
Großbritannien	9511	2006	18 200 628
Vereinigte Staaten	1577	1981	4 511 928
Deutschland	1713	381	4 110 562
Norwegen	1181	980	1 918 531
Frankreich	809	674	1 761 783
Japan	397	710	1 219 409
Spanien	829	6	1 071 878
Rußland	687	672	987 911
Schweden	889	649	877 548
Spanien	468	110	708 749
Belgien	455	92	813 627
Dänemark	501	358	728 590
Oesterreich-Ungarn	312	14	688 619

Die Dampfertonnage der gesamten Weltbundesflotte der Welt hat sich im Jahre 1907-08 um über eine Million Tonnen oder 6 Prozent gegen das Jahr zuvor vermehrt, die Geselertontonne ging um 300 000 Tonnen oder um 4 Prozent zurück. Verloren gingen im Jahre 1907 267 Dampfer und 589 Geselert, Verloren gingen durch Zusammenstoß, Strandung usw. erlitten 6387 Dampfer und 1657 Geselert.

Wenn sie würden auf das Erscheinen des Königs bestanden und ihm die Politik vorschreiben, die das Interesse Deutschlands jetzt gerade erfordert, die Politik der Verständigung mit England.

Antike Weltkontrolle.

Die Preussische Weltkontrolle berichtet über einen Fall behördlicher Weltkontrolle, der sich bei den letzten Stadtordnungsarbeiten in Bielefeld ereignete. Die dortige Stadtverwaltung hatte die öffentlichen Bauten, die sich nicht an der Wahl beteiligten, folgendes Schreiben:

Bielefeld, den 27. November 1908.

In höherem Auftrage erlaube ich Sie um Auskunft bis zum 29. d. M., aus welchen Gründen Sie bei der beabsichtigten Stadtordnungsmaßnahme nicht gewillt haben.

Hoch. Hof, Bureauvorsteher.

Auf eine Anfrage, wer die höhere Behörde sei, antwortete der Bureauvorsteher, daß es der Oberbürgermeister Dr. Wilms sei. Als Dr. Wilms deshalb in der Stadtordnungsverpflichtung interpelliert wurde, befragte er die Zeitungsmeldung und erklärte, daß er ebenfalls höherem Auftrage gemäß gehandelt habe.

Deutsches Reich.

Ein Weisbuch für den Reichstag. Dem Reichstage soll in den nächsten Tagen ein Weisbuch vorgelegt, das die Verhandlungen über die internationale Seerechtskonvention in London enthält.

Das angelegte Weisbuch über Marocco, das den Mitgliedern der Budgetkommission seinerzeit vorgelegt ist, scheint ebenfalls zurückgezogen zu sein.

Krisis und Eisenbahnverkehr. Der Eisenbahn-Verkehr der Reichs-Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen in den Monaten April 1908 bis Ende Februar 1909 betrug nicht weniger denn 4 687 000 RM. gegenüber den gleichen Monaten 1907/08. Im Monat Februar 1909 betrug die Betriebseinnahme 852 000 RM., das ist um 410 000 RM. niedriger als im Jahre 1908. In dem beabsichtigten Februar wurden 225 504 Tonnen Güter weniger befördert als im Februar des Vorjahres.

Die „vorberitete Demonstration“. Das Urteil in dem angelegten Berliner „Andriess-Broschüre“-Prozess teilten wir schon am Sonnabend kurz mit. Erwähnenswert ist noch, daß in der Verhandlung durch Zeugnisaussagen einwandfrei festgestellt wurde, daß es sich bei den Demonstrationen um eine rein spontane Erscheinung handelte. Auch nicht der Schatten eines Beweises konnte dafür erbracht werden, daß die Demonstration „geplant“ oder gar „vorbereitet“ war. Damit fällt auch der Schwindel der bürgerlichen Presse in sich zusammen, wonach die Sozialdemokratie eine Demonstration gegen den König Englands beabsichtigt haben sollte.

Eine nationalliberale Venüe. Die Statistik und die Damen der Friedrichstraße sind ein und dasselbe. Diese geistreiche Bemerkung stammt aus dem Munde des nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Lehmann, dem Vertreter für den Wahlkreis 19 im Reichstage und Vertreter für Berga-Wienandorf im meißnerischen Landtage. Als in der Sitzung des meißnerischen Landtages am 19. März der freiwirtschaftliche Abgeordnete Wölke anführte, daß die Statistik beweise, daß Deutschland immer mehr zu einem Industriestaat sich entwickle, machte er diesen Widerspruch. Der Abgeordnete Baudert nagelte ihn darauf fest und Abgeordneter Lehmann bestätigte dieses Zeugnis mit einem: „Sehr richtig!“ In derselben Sitzung mußte sich der Herr Lehmann von der Regierung lassen, daß er am Tage zuvor — bei der Beratung der Steuererlasse — bezüglich der Ausgaben für die Beamten den Tatsachen nicht entsprechende Behauptungen aufgestellt habe. Dieser Lehmann ist es auch, der jetzt im meißnerischen Landtage gegenüber den anderen nationalliberalen Abgeordneten für Zulassungstimmen bei der Wahrfreischlagsvorlage eintritt.

Die Balkankrise.

Friedliche Lösung?

Nach den Nachrichten der letzten Tage zu urteilen, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen Oesterreich und Serbien nicht zum Kriege kommen. Unter dem Druck der Mächte und in dem Bewußtsein, daß letzten Endes auf Ausland doch kein rechter Verlaß ist, sind die Serben etwas kleinmütiger geworden und zeigen sich den Wünschen der Vertreter der Mächte geneigter. So hat, wie aus London gemeldet wird, der serbische Minister des Auswärtigen folgende Mitteilung veröffentlicht: „Aufgrund der Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien empfinden, seine Wünschungen einzufließen. Serbien wird diesen Wünschen Folge leisten, wenn ihm Garantien dafür gegeben werden, daß Oesterreich seinerseits keinen Angriff unternimmt.“ Wien, 21. März. Wie aus Belgrad weiter gemeldet wird, beginnt man jetzt in Serbien einzusehen, daß man nicht mehr auf Europa rechnen kann. Die Stimmung schlägt gegen Ausland und dem Verrat vorgezogen wird, und die anderen fremden Mächte beschuldigt man der Feigheit, wie sie vor den Reaktionen Deutschlands kapitulieren. Die Kriegspartei verurteilt die entzündende Erörterung auszuweichen und den daß gegen Oesterreich noch zu zeigen, was auch gelingen wird, wenn die Regierung der maßlosen Agitation nicht ein Ende macht.

Kriegsrecht.

Budapest, 21. März. Eine Regierungsverordnung untersagt den Zeitungen bei Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder von Geldstrafen bis zur Höhe von 4000 Gulden Meldungen über militärische Maßnahmen, Meldungen über den Stand der Bewegungen, Kräfteverhältnisse und die Tätigkeit der bewaffneten Macht sowie über die Quantität der Waffen oder der Kriegsmaterialien zu veröffentlichen. Die Monitore, die bestimmt sind, die Donau-Operationen zu begünstigen, haben noch keinen Befehl zur Ausfahrt erhalten.

Politische Kriegspropaganda.

Prag, 21. März. Für den heutigen Sonntag waren von nationalsozialistischer Seite wie von sozialdemokratischer Seite Versammlungen einberufen worden, die gegen den Krieg Stellung nehmen sollten. Die Polizeidirektion hat indessen die Abhaltung dieser Versammlungen verboten.

Einberufen.

Kassel, 21. März. Alle in der Provinz Hessen weisenden militärischen österreichischen Staatsangehörigen, insbesondere die auf den hessischen Gütern beschäftigten galizischen und böhmischen Saisonarbeiter wurden zu ihren Regimentsorten einberufen und sind vorgeführt und gestern abtransportiert worden.

Schweiz.

Das Getreidemopol.

Der wirtschaftliche Kampf, den seit Monaten die Schweizer Müller gegen den deutschen Weisepolitik führen, hat die Frage des Getreidemopols aktuell gemacht. Die staatliche Expertenkommission, die das Getreidemopol beraten sollte, hat zwar ihre Verhandlungen im geheimen gepflogen, aber nach und nach

bringen doch Einzelheiten an die Öffentlichkeit; genauere Mitteilungen macht jetzt Dr. Steiger in den „Basler Nachrichten“. Danach liegen zwei von Dichter Mittel ausgearbeitete Projekte vor. Projekt A enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Zum Kauf und Verkauf von Getreide ist allein der Bund befugt. Der Verkauf richtet sich nach den Bedürfnissen des Landes, jedoch soll wenigstens immer ein Vorrat von 1/4 Millionen Doppelcentnern vorhanden sein. Die Monopolverwaltung hat den Festpreis fest; ein Zuschlag von 1 Franc wird zur Bildung eines Reservefonds verwendet, ein weiterer Zuschlag von 90 Centimes dient zur Deckung der Transportkosten.

Nach dem Projekt B würde der Getreidehandel nicht abgeschlossen, sondern er könnte zum Teil weiter existieren, aber als einzigen Kunden hätte er die Bundesregierung. Die Organisation des Weismonopols ist ähnlich geplant. Die Herstellung von Weis würde den Müllern überlassen, deren Subsidien teilweise übertragen. Das Produkt wäre dem Bund abzuliefern, der den einheitlichen Preis festsetzt. Neben den Privatmüllern würden eigene Staatsmüllereien errichtet werden, damit der Bund selbst eigene Erfahrungen in der Müllerei (schonmache) Berechnung der Kostenpreise, Bedürfnisse des Publikums, Verteilung der verschiedenen Getreidearten) machen könnte. Die landwirtschaftlichen Genossenschaftsmüllereien sollen vor allem das inländische Getreide vermalen und bestimmte Vergünstigungen erhalten. Von den Vertretern der Landwirtschaft in der Konferenz scheint das Vorgehen gefast worden zu sein, daß auch das inländische Getreide zu denselben Preisen gefast werden müsse, wie das ausländische. Wenn die Landwirtschaft keinen Vorteil für sich sieht, macht sie nicht mit.

Williger wird das Brot durch das Monopol nicht werden — das wurde vom Verfasser der beiden Projekte als ganz sicher hingestellt. Der Bund nehme außerdem ein großes Risiko auf sich. Nebenfalls müssen die Vorschläge noch einen langen Weg von Beratungen und parlamentarischen Verhandlungen durchlaufen, ehe sie Gesetz werden. Ob es überhaupt so weit kommt, ist noch gar nicht abzusehen.

Frankreich.

Der Generalkrieg der Postbeamten.

Paris, 21. März. Wie verlautet (1), wird am Montag früh eine enghellige Versammlung in der Streikbewegung der Postbeamten eintreten. Die Regierung sieht für Montag außerordentliche Maßregeln vor, welche für den Fall verfaßt werden sollen, daß am Montag nicht sämtliche Streikende den Dienst wieder aufnehmen (1). Es hat sich bereits eine größere Anzahl Arbeitswilliger gemeldet und man hofft, daß bis morgen die Mehrzahl der Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen werden. Das Streikkomitee hielt gestern Abend eine Sitzung ab. Von allen Seiten wird empfohlen, den Widerstand fortzusetzen. Der Zentralrat der Tabak- und Streichholzarbeiter sowie die Arbeiter der Marinewerften usw. hielt gestern eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß für den Fall, daß die Streikenden Strafmassregeln verweigern, eine Auslandsbewegung in die Wege geleitet werden soll. Am Hauptbahnhof wurde von hundert Band eine Säuerung der Telegraphenleitung vorgenommen. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Die Solidarität der Arbeiter.

Die „Humanität“ bringt ein Manifest zum Ausdruck, das die Konföderation der Arbeit ansprach. Es wendet sich, nachdem die Ursachen des Streiks erörtert, an die arbeitende Bevölkerung mit dem Ersuchen, die Streikenden zu unterstützen. Trotzdem aus der Bewegung wohl für jedermann Unannehmlichkeiten erwachsen, sei doch zu bedenken, daß es auch für die Staatsbeamten und Arbeiter, um zu ihrem Rechte zu gelangen, ein anderes Mittel nicht gebe, als den Streik.

London, 21. März. Die englischen Postbeamten haben an ihre französischen Kollegen ein Telegramm geschickt, in welchem sie denselben Geldunterstützungen in Aussicht stellen. Sie erklären ferner, eine Subskription zu ihren Gunsten einzuleiten. In den meisten englischen Städten werden Propagandaabermassungen abgehalten.

Stenbalgeschichten aus Guadeloupe.

Zuletzt ist eine parlamentarische Kommission damit beschäftigt, die Zustände in Justiz und Verwaltung in dieser französischen Kolonie zu untersuchen. Schon bis jetzt ist so viel festgestellt, daß dort eine tiefergehende Korruption herrscht; Günstlingswirtschaft und Beugung des Rechts sind an der Tagesordnung. Namentlich richtet sich die Verfolgungsmut der Behörden gegen die Sozialisten, soweit sie sich nicht „independent“ — unabhängig nennen, mit anderen Worten, soweit sie nicht auch die Kreaturen Gerault-Richards sind, jenes Verräters an der Sache des Sozialismus, der einst mit Jaures zusammen an der „Petite République“ arbeitete und der früher nicht revolutionär genug sich gebärden konnte. Gerault-Richard hat sich bekanntlich sein Abgeordnetenmandat in Guadeloupe geholt — mit Unterstützung der Regierung. Herr Vallot, ehemaliger Gouverneur der Kolonie, machte hierüber folgende, im höchsten Grade interessante Angaben: Einen Monat vor den Wahlen erhielt ich vom Kolonialminister Miller-Baccot ein vertrauliches Schreiben, dessen wesentlicher Inhalt lautet:

Sie wissen, daß Gerault-Richard der Regierung große Dienste geleistet; ich möchte Ihnen denselben ausdrücklich empfehlen.

In der Verwaltung der Kolonie, so sagte Vallot weiter aus, habe man nur Leute befallen, die einer bestimmten politischen Partei angehörten. So hat der Generalkonsumant, ein verschwiebener, unglücklicher Mann, ein ehemaliger Sozialist, auf diesen Posten erhoben, weil er eine gewisse Kreatur des Gerault-Richard war. Diese Angaben werden bestätigt von einem Kommandanten der Gendarmarie, der deswegen suspendiert wurde, weil er sich nicht fügte. Einer seiner Leute ermordete einen Parteigänger Geraults, als er ein ganzes Paket Bahngeltes in die Urne schmeißen wollte. Der Verleumdung erhielt einen Monat Gefängnis, der Generalprokurator hob die Strafe aber wieder auf.

Die wahren Sozialisten, die der gemeinen Partei angehören, werden in der brutalsten Weise und gegen alle Recht verfocht. So wurde der Genosse Legitim wegen angeblichen Wahlfälschungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, fünf andere Genossen erhielten je 15 bis 18 Monate Gefängnis. Ein anderer Genosse Vonnerville steht seit sieben Monaten im Gefängnis, ohne verdommen zu sein. Vallot bedauerte auch, daß ihm der Kolonialminister die Ungültigkeitserklärung der Kommunalwahlen und die Suspendierung des Genossen Legitim von seinen Funktionen als Maire von Pointe-a-Pitre anempfohlen habe. Der ehemalige Gouverneur schloß seine Aussagen damit: Er habe es abgesehen, diese Intrigen zu unterstützen, die er als Wahlmann erkannte; er sei überzeugt, daß Legitim und seine Freunde nur deswegen verfocht würden, weil sie Gegner einer gewissen Politik seien.

Portugal.

Sungertanäle!

Rissa von 21. März. Die Bericht wird berichtet in dem schwebenden portugiesischen Propaganda eine enorme Hungernot, auf den Straßen werden viele Personen halb verhungert aufgefunden. „Secolo“ berichtet, daß in den Städten Lijo und Beja die Bevölkerung verschiedene öffentliche Gebäude angegriffen und in Brand gesetzt habe. In a Braga die aufwühlende Bevölkerung in das Rathaus von Braga, bezog alles mit Petroleum und steckte das Mobiliar in Brand. Alles, was sich in dem Rathause befand, wurde zerstört, nur einige wertvolle Altensidie wurden gerettet. Truppen, die an Ort und Stelle entsandt wurden, find mit Dynamitbomben empfangen worden.

Parteinachrichten.

Schlafes zum Waifeier.

Mit dem Beschluß des Münberger Parteitagcs, daß dies genügen Parteigenossen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begeben und einen Lohnausfall nicht haben, den Tagesverdienst an die Parteifelle abzugeben haben, befristete sich dieser Tage auch eine Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 18. hessischen Wahlkreis, Ortsgruppe in Friedau. Es a 1. Kreis und Begrüßungsvorstand beauftragte, diesem Beschlusse des Münberger Parteitages die Zustimmung zu erteilen. Als Grund wurde angeführt, daß man in diesem Beschlusse die Absicht erblicke, die Waifeier abzuändern, was gegen den Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei verstoße. Außerdem sei auch noch keine Einigung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission über die Unterstützung der Waifeier-Ausgesparten erzielt worden. Dem nächsten Parteitag müsse durch die Nichterhaltung des Parteitagbeschlusses Gelegenheit gegeben werden, sich damit nochmals zu beschäftigen, um seine Aufhebung wieder herbeizuführen. Wegen eine Anzahl Stimmen trat die Verammlung nach längerer Diskussion dem Vorstandbeschlusse bei.

Das ist eine fidele Methode, den Parteitag durch Disziplinbruch schmeltern zu wollen. Ein besonderer Beschluß, sich den Beschlüssen der Gesamtpartei zu fügen, ist überhaupt nicht nötig — man hat den Willen der Gesamtpartei einfach zur Durchführung zu bringen, wodurch das Recht, an den nächsten Parteitag Anträge auf Aufhebung des betreffenden Beschlusses zu stellen, in keiner Weise berührt wird.

Gebremt! Zur Waifeier haben die Parteigenossen in A ltenburg und Ronneburg (Sachsen-Altenburg) Stellung genommen und beschlossen, von einer Tagesfeier am 1. Mai — Abstand zu nehmen. Von der Arbeitsruhe soll gleichfalls Abstand genommen werden. In Eisenberg und Schm o l n wird dagegen — soweit es möglich ist — der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Eine recht gute Werbung für Altenburg!

Ueber unsere Wahlblätter. Zu diesem lo oft in privaten Parteifreien diskutierten Thema äußert sich die „Volksmacht“ in Breslau folgendermaßen: Es dürfte nicht unangebracht sein, an dieser Stelle einmal die nicht ganz neue Frage nach dem Inhalt und zeichnerischen Wert unserer beiden Partei-Wahlblätter anzuschneiden. In meinen Parteifreien ist man sich darüber einig, daß bürgerliche Wähler, wie „Simplicissimus“ und „Jugend“, journalistisch und künstlerisch die Führung im politischen Kampf der Gegenwart übernommen haben. So sehr wie auch andere Partei in Vordergrund des politischen und gesellschaftlichen Interesses steht, im „Volksblatt“ und im „Wahren Vater“ kommt davon nur ein unzulängliches Maß zum Ausdruck. Jeder illustriert noch textlich wird hier die Satire mit der überlegenen geistigen Würde und Sicherheit gebraucht, die nun einmal nötig ist, will man mit Erfolg unsere politische und kulturelle Verösterung in der scharfen Lauge des Spottes ertränken. Der „Wahre Vater“ wird immer mehr Familienblatt und ist seit Jahren befristet, seine Satire so einzurichten, daß er mit dem Strahlicher nicht in zu enge Fassung kommt. Trotz seines Familienblatt-Charakters und seiner technischen Vorzüge hält er sich aber nicht rein von Gesandtschaftlichkeit. Wie soll man zum Beispiel den Text und die Illustration in seiner jüngsten Nummer bezeichnen, die sich mit der Hinrichtung eines Raumräbers beschäftigt, der unter dem fallenden Bell des Schachrichters sich über den Handbier in diesem „Gewerbe“ besagte. Unflätig war die Zeichnung und vergeblich luden wir die dem „Wah“. Solche Gesandtschaftlichkeiten tragen auf keinen Fall dazu bei, feineres Empfinden in unseren Arbeiterfamilien heranzubilden und gerade wegen des Absehens, das in solchen Dingen liegt, kann man sie nicht erfinden genug abgeben.

Etwas leter in den Zeichnungen gibt sich der „Volksblatt“. Hier ein ähnlicher Genus sind seine Karikaturen nachlässig nicht. Die unklarerliche Behandlung satirischer Motive ist gerade in dem Münchner Wahlblatt auffallend und die dort mit Vorliebe geplante Vorkultur höchlicher Seite macht das Blatt auch nicht interessanter. Die Partei, die auf allen Gebieten nach Vertiefung strebt, sollte auch hier größere Ansprüche stellen und etwas mehr Erziehungsgutes leisten. Auch ein Parteivahlblatt darf nicht zuerst als ein gutes geistliches Unternehmen betrachtet werden, sondern soll eine Waffe sein, die bei Freund und Feind geachtet ist.

Die Parteiverfassung in Holland.

Aus Amsterdamb wird gemeldet: Der Verbandskongress des Sozialistischen internationalen Bureau wurde vom Vorstand der alten Partei akzeptiert, vom Vorstand der neuen Partei aber abgelehnt.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 3 des vierten Jahrganges, März 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Bund, Berlin.

Das Fachblatt bringt an erster Stelle einen recht interessanten Artikel Robert Brenners über „Gefährliche Riformen“ (mit vielen Abbildungen), dann den Schluß einer Abhandlung Joseph Aug. Dur über „Grundzüge für die Gestaltung des Wohnraums“, ferner die Fortsetzung eines instruktiven Artikels O. Winkelmüllers über Einbauten, Durchbauten, Anbauten und dergleichen (mit Abbildungen) und anderes. Das Heft enthält insgesamt 44 Abbildungen, darunter einige Ansichten von Arbeiter Professor F. Kantsch.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Buchhandlungen und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Bundes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 2.

Verantwortlich für den Inhalt, Volkstische Ueberlicht, Parteinarbeiter und Gewerkschaftliches Paul Dennig, für Anstand, Profeston, Vermittlungs- und Arbeitslose Karl D o t, für Lesestellen und Vermittlungsberichte D t t o R e b u b e r, sämtlich in Halle.

Soziald.-Verein für Halle a. S.

Mittwoch, den 24. März 1909, abends 8 1/2 Uhr im „Lötzen Dreier“, Kirchbergstraße

Mitglieder-Versammlung der Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Berichtlesen.
Alle Mitglieder, auch die männlichen, werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Merseburg-Querfurt.

Vom 26. bis 31. März finden an folgenden Orten

öffentliche Frauen-Versammlungen

- Wehlitz.** Freitag, den 26. März 1909, abends 8 1/2 Uhr im Gasthof.
Känichen. (Distrikt Modelwitz) Samstag, d. 27. März, abds. 8 1/2 Uhr im Gasthof d. Orn. Heimroth.
Zeuditz. (Distrikt Dürrenberg) Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr im Gasthof.
Merseburg. Dienstag, den 30. März, abds. 8 1/2 Uhr in der „Kaiser Wilhelmhalle“.
Lützen. Mittwoch, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr im „Arbeiter-Kaffee“.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Frau im politischen Kampf.
Referenzen in allen Versammlungen:
Genossin Otilie Bander, Berlin.
Die Versammlungen müssen vom Einberufer jeden Distriktes vollständig angemeldet werden.
Genossen, Genossinnen! **Seht auf!** für die nächsten Jahre!
- Soziald.-Verein f. d. Wahlkreis Merseburg-Querfurt.**
Der Vorstand: Konrad Müller, Vorsitzender.

Sozialdemokr. Verein Bitterfeld

Mittwoch den 24. März, abends 8 1/2 Uhr im „Herkur“, „Gobenzollern“

Mitglied.-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag: Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei.
2. Diskussion.
Der Vorstand.

Achtung! Teuchern. Achtung!

Sonntag, den 28. März abends 8 Uhr im Gasthof zum grünen Baum

Unterhaltungs-Abend

der bereits bekannten Troupe des Genossen **Strzelowicz aus Berlin.**
Es gelangen nur bei Neuzugl entsprechende humoristische und gesangliche Vorträge zur Darbietung.
Anfang Punkt 8 Uhr. — Entree 30 Pf. — Rauchen verboten.
Karten sind im Vorverkauf zu haben im grünen Baum, Albin Henne und Albin Kote in Götzen.
Alle Einwohner von Teuchern und Umgegend sind hierzu eingeladen; ein froher Genuss ist jedem sicher.
Th. Kuhlblank. **Str. Strzelowicz.**

Konsumverein Teuchern, e. G. m. b. H.

Die Umwechslung der kleinen Marken erfolgt bis Freitag den 26. März or., die Abgabe in Kuverts bis spätestens Sonntagabend den 27. März or.
Montag den 29. März bleiben die Geschäfte in Teuchern geschlossen.
Teuchern, den 28. März 1909. **Der Vorstand.**

Konsum-Verein Weinböhla.

Verkaufsstelle Eifterwerda.
Graupen, stark, à Pfd. 13 Pf., fein, à Pfd. 15 Pf.
Linsen, à Pfd. 12, 18, 24 und 32 Pf.

Billig. 1000 Hosen

Stoffhosen für Männer von 1.75 an
engl. Lederhos. 12 Stk. 1.85
Manohosthosen 2.90
Zwischosen 1.10
blau Hosen 0.90
Knabenhosen 1.00
Leibhosen 0.42

Ernst Renner,

14, nur Marktplatz 14.

Wagen, Reimungen, Papierarbeiten, altes Eisen, Metalle, Gummiabfälle etc. kauft stets zu hohem Preise A. Samuel, Alter Markt 1.

Morgen u. jed. Dienstag: **Chia di Dienst.**
Joh. Fischer, **Gr. Gofenstr. 39.**

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. G. n. e. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: born. Aug. G. r. o. b. j. e. h. t. u. J. ä. h. n. i. g. — Sämtl. L. Halle a. S.

Walter

Trolle

Canonaweg 1 Fernruf 1439

Briketts

frei Gelass **65 P.**
ab Lager **58 P.**

nur gute und holzkräftige Ware
syndikatsfrei.

Motto:
Schmäht mir den Mann der Arbeit nicht,
Dem Tropf der es wagt, ein Schlag ins Gesicht.
Achtet ihn hoch! Ihn, der alles kann,
Hat sich vor dem Arbeitsmann.

Vier grosse Wahrheits-Abende

ab 23. bis 26. März
in den „Kaisersälen“
veranstaltet von
Danny Gürtler, „König der Bohème“,
Deutschlands grösster Kulturkämpfer,
„Der Liebhaber der freidenkenden Kaiserin“,
Stifter des ersten deutschen Heine-Denkmals
an der Lorelei.

Der verwegenste Kerl Europas

oder die Wahrheit hören will, der komme.
Philister und Mucker bleiben zu Hause.

Preise der Plätze:
I. Platz 2.00 M., II. Platz 1.00 M., III. Platz 0.50 M.
Abonnenten des Volksblattes zahlen gegen Vorzeigung der Abonnementquittung auf allen Plätzen die Hälfte.

Vorverkauf: Steinbrücker & Jasper, Marktplatz, Curt Offenbayer, Grosse Ulrichstrasse (im Hause der Kaisersäle), Max Stoye Nachf., Magdeburgerstrasse 68 (Hotel Europa).

Es liegt ihm daran,
dass Sie Ihrem schwer arbeitenden Manne,
Ihren heranwachsenden Kindern, ein billiges
Gemisch schwerverdaulicher, deswegen un-
zuträglicher Fette, ohne Wohlgeschmack, ohne
Wohlgeruch unterschleichen — **damit Sie sparen.**

Sie finden es natürlich sofort heraus, dass
sich so etwas wegstreicht wie Luft, schlecht
bekommt, gar nicht ergiebig ist; falls es Ihnen
in der warmen Stube nicht davongelaufen,
nach einigen Tagen ranzig ist, und danken
bestens.

Sie wissen am besten, was Sie tun, wenn
Sie reine, gute Butter, ein Pfund à 116 Pf.,
kaufen.

F. H. Krause.

Geschäfts-Eröffnung
am Freitag den 26. März in
Gross-Lehna eine
Rind- und Schweine-Schlächtereier.
eröffne und bitte ein geehrtes Publikum, mich gütigst unterstützen zu wollen.
Th. Berlich, Fleischmeister.

Neu u. praktisch.
100 Stk. zusammenlegb. Kinder-
sitze an Weidenrindst. z. Selbst-
kostenpreis abzugeben.
Horderstr. 1, 3. Et. v.
Dabei ist ein Hund in gute
Hände zu verzeichnen.

Kalk.

Beiz-, Grau-, Zement- und
Kügelstein täglich zum Verkauf.
M. Stoye, Gohlenhurn.

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Direktion: Adolf W. Richards.
Dienstag den 23. März 1909:
181. Abonn.-Vorl. 1. Viertel.
Mit neuer Ausstattung an
Kostümen und Dekorationen.
Novität! **Novität!**

Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten (mit Benutzung
des Lustspiels von Gatti-Trotto)
v. A. M. Willmer u. F. Weinbaum.
Musik von Leo Fall.
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch den 24. März 1909:
182. Abonn.-Vorl. 2. Viertel.
Novität! **Novität!**

La femme X...
(Die fremde Frau).
Schauspiel in 4 Akten
von Alexandre Dumas.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Paul Batty mit seinen
dressierten Bären.
Soubrette! Originalität!
Semiramis,
orientalisches Ausstattungsspiel,
geleitet von 3 Damen.
Entzück. elektr. Lichteffekte!

Spiessel-Spiessel
epicentrische Wurst-Summit.
s' Liseri und der Moor
von Schillersee.
Athenjense mit Gesang, Tanz,
Kunststücke etc.

Robt Neesemann
in seinen Original-Vorträgen.
Achilles u. Athene
großartiger, episch-tragischer
Akt an der griechischen Säule.
Lionelly
Mephisto-Akt in modernem
Genre, und die übrigen
Bühnennummern.

Zur Aneignung eleganter
Herrendarobes
(auch bei Selbstlieferung des
Stoffes) unter Garantie des guten
Sitzes empfiehlt sich bestens
Otto Friedrich,
Pfalzstr. 4 III,
früherer Geschäftsführer der ehe-
maligen Genossenschaft.

Fertig
gehaltene **Bettbezüge,**
weiss und bunt, von 3.50 M. an,
Gehälte taletts in gross. Auswahl
billigst. **Albert Hammer, Gohlenh.**

Ständesamt Zeig.
Don 8. bis 14. März 1909.
Geführten: Arbeiter Bach
u. Anna Nicodemus, Tischler Hel-
big u. Anna Krause, Tischler Jims-
mermann u. Anna Deubel, Ver-
sicherungsbeamter Banzer u. Beria
Delig, Kaufmann Gieseler u.
42. Schillerstr. 27, Berth. Gais-
wirts, Typograph Eberhard Johanne
geb. Burgmann aus Trebitz, 76 S.
(Dianofenhaus).

Herzlichen Dank.
Nach der schweren, aber glück-
lichen Entbindung meiner lieben
Frau lagen wir der **Beirats-
schwemme Frau Marklin** für
ihre großen Bemühungen uneren
herzlichsten Dank.
Karl Rooke und Frau,
Oberbödingen am See.
Wir können Döbe in solchen
Fällen nur empfehlen.

Dank.
Für die Kranzsenden, unterer
Freunde und herzlichsten Teil-
nahme der Herren **Walter Hennig**
und **Veitger Mann** sowie unterer
lieben Schulfreund bei der Ver-
eidigung unterer lieben Mutter
und Hochmutter sagen wir allen
unterer innigsten Dank.
Walter Hennig,
Adrian u. Dambura,
Damitz Philipp.

Dank.
Für die vielen Beweise der Liebe
und Teilnahme beim Heimgange
unterer, für uns viel zu früh
dahingekündeten, geliebten Sohnes
und Bruders
Walter Boyer
sprechen wir uneren innigsten
Dank aus. Dank auch seinen
Freunden u. Mitbürgern der Fort-
bildungsgesellschaft.

Die tieftrauernden Eltern
Walter Boyer
nebst Verwandten.
Zeig, den 21. März 1909.

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-Süd, Steinweg 2, 20. März.
Aufgehoben: **Wolfgang Dr. jur.**
Schulze u. **Dora Stephan** Refe-
raturstr. 183 u. **Halberstädter-**
str. 2. **Barbier Böhm** und
Marie Schöpler (Halle). **Wran-**
arbeiter Fischer u. **Anna Franke**
(Wolgastenna). **Schwäger Lorenz**
u. **Frederike Eise** (Wray-Gärten-
dorf und Obegün). **Diener Leh-**
mann und **Frederike Schmidt**
(Halle u. Kelbra). **Schuhmacher**
Göp und **Wilma Kommel** (Halle
und Löpstedterode). **Bergarbeiter**
Schiffmann u. **Frederike Vertram**
(Wiesleben u. Ansbard). **Berkmun-**
keil u. **Anna Martin** (Gernrode).

1. Beilage zum Volksblatt.

Fre. 69

Halle a. S., Dienstag den 23. März 1909

20. Jahrg.

Die Zitatenfällung.

Deutscher Reichstag.

229. Sitzung. Sonnabend, den 20. März, nachmittags 1 Uhr.
Fortsetzung der Beratung des

Militärsatz.

Abg. Göttsch (Freif. Vgl.): Die am Etat gemachten Abstriche sind im Vergleich zu seiner Höhe sehr gering. Früher wurde die ungeheure Steigerung des Militärsatzes begründet mit der Befürchtung eines Krieges nach zwei Fronten. Ausländ hat sich inzwischen als ein Volk mit inneren Krühen erwiesen. Frankreich allein kann gegen uns nicht Krieg führen. In Deutschland liegt man überdies den Bundesrat nach einer Entscheidung der Rüstung. Die fälschliche Weisung des englischen Premier hat das deutlich ausgesprochen. Der Reichsanwalt hätte zu dieser Rede sofort Stellung nehmen müssen. Friedensversicherungen allein tun's nicht, man muß auch die Initiative zur Abrüstung ergreifen können. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Erparnisse könnten wohl gemacht werden ohne die Schlagfertigkeit zu beeinträchtigen. Die geheimen Qualifikationsberichte der Offiziere würden wohl beseitigt. Das der Kriegsmilitärminister von dem neuen Militäratsfragebeholdung wünscht, es müßte denselben Geist haben, wie das allgemeine Gesetzbuch, hat uns gefreut. (Sehr richtig! b. d. Freif.) Deshalb braucht man aber mit der Reform nicht länger zu warten. (Sehr wahr! b. d. Freif.)

Wie jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, so hat auch jede Regierung die Sozialdemokratie, die sie verdient. Wie auch in Preußen werden aber die Sozialdemokraten mit Erfolg geschickt. (Sehr richtig! b. d. Freif.) Man muß den Kriegsmilitärminister geteilt an Rat zu verlassen hat, obwohl er nicht konstant mit der Regierung gegen die anarchistischen Lehren auf. Wie leicht ist dem Kriegsmilitärminister das Maßwerk passiert, ein Zitat zu versehen, das Konstant nur anführt, um es zu bekämpfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Als der Kriegsmilitärminister die Hoffnung ausdrückte, daß in Zukunft haben nicht mehr ausgesetzt werden werden, habe er binzu: „Wiederholt werde ich deshalb tollstall angegriffen.“ Dieser Angriff (Lürrucke rechts), nun will ich sagen, dieser Stoffscheiter (Seiterleil) spricht Wände. Wollte der Kriegsmilitärminister seine Anklage ernstlich durchgehen, so würde er nicht mehr lange Kriegsmilitärminister bleiben. Inneer Armes ist in technischer Beziehung modern. Aber ihr Geist ist nicht modern. Es ist der Keilsteing. (Sehr, Bravo! b. d. Freif.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Freif. Vgl.): Die Erklärungen des Kriegsmilitärministers über das Militärsabernet haben mich nicht befriedigt. Er hat behauptet, daß es eine antikonstitutionnelle Institution aus vormaliger Zeit ist. (Sehr richtig! b. d. Freif.)

Der Kriegsmilitärminister hat freiwillig eingewilligt, wie stark der Keilsteing im Offizierskorps geworden ist. Wie aber hat solcher Keilsteing einziehen können? Der Kriegsmilitärminister hätte früher im entgegenstehen sollen. Seine platonischen Versicherungen helfen nichts. Aus der Bemerkung des Kriegsmilitärministers, daß er wegen seiner Billigung der Zulassung jüdischer Offiziere angegriffen werden würde, muß man schließen: Wei und darf sich ein Kriegsmilitärminister nicht zu den elementarsten Grundfragen Staatsbürgerlicher Gleichheit bekennen. (Sehr wahr! links.) Die Sozialdemokratie wird vom Heere am besten behandelt durch strenge Vereinfachung, nicht aber durch kleinliche Polzeihaftigkeiten. (Sehr, Beifall links.)

Kriegsmilitärminister v. Einem legt in breiten Ausführungen dar, daß es im Generallage eine Verordnung des Heeres nicht geben. Aber der Militär-Reinigen glaubt, ist mir ganz egal. (Lobender Beifall b. d. Junkern.)

Ein Wiederantrag verlangt Schluß der Debatte.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Die elementare Gerechtigkeit würde erfordern, daß man unserer Partei Gelegenheit gibt, auf die schweren Angriffe des Kriegsmilitärministers und anderer Redner zu antworten. Da man uns aber mundtot machen will, soher ich uns genötigt, von den Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Ich beantrage die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Sehr, Bravo! b. d. Soz.)

Die nun folgende Namensaufzählung ergibt die Anwesenheit von 177 Abgeordneten als Beschlußunfähigkeit.

Vizepräsident Kaase berumt die nächste Sitzung auf 4.15 Uhr, also 15 Minuten später, an. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Militärsatzes, beginnend mit der amtlichen Abstimmung über den Antrag des Reichstages, den Abgeordneten v. Normann (konf.), v. Camp (Vgl.), Wassermann (natf.) auf Schluß der Debatte.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

230. Sitzung. Sonnabend, den 20. März, nachmittags 4 1/2 Uhr.
Fortsetzung der abgebrochenen Beratung des Militärsatzes.

Vizepräsident Dr. P. a. e. teilt mit, daß der Schlußantrag zurückgezogen ist. (Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Obwohl wir gewöhnt sind, als Vizepräsident zu dienen, wenn sich die Wollen vor dem Haupte eines Ministers zusammenziehen, hätte ich doch erwartet, daß der Kriegsmilitärminister in seinem Kampfe gewisse Grenzen nicht überschreiten würde, die man auch politischen Gegner gegenüber gewöhnlich einhält. Der Kriegsmilitärminister hat sich nicht nur in seinen Reden, sondern auch in seinen Taten zu erweisen, daß die sozialdemokratische Partei den Krieg unmöglich machen will, indem sie die Soldaten oder wenigstens die Reservisten veranlaßt, den Dienst zu verweigern. Bevor ich näher auf diese Sache eingehe, möchte ich den Kriegsmilitärminister fragen, ob er den Auftrag gelesen hat. (Kriegsmilitärminister v. Einem nickt die Frage.) In diesem Falle möchte ich außerordentlich, daß er uns hier ein Zitat vorgelesen hat, das in der Form, wie es vorgelesen wurde, ein gefälschtes Zitat ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß er es getoast hat, um einen Satz aus Konstant's Meinung vorzulesen, der das genaue Gegenteil von Konstant's Meinung ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aus dem vorgelesenen Satz läßt hervorzuheben, daß Konstant für den Militärsatz eintrat. Ich will mir erlauben, zu erklären, was Konstant wirklich für sich und überlasse es dem Hause und der Öffentlichkeit das Urteil darüber, wie man die Beweisführung eines Mannes nennen will, der in so merkwürdiger Weise die wesentlichen Punkte wegläßt. (Zuruf b. d. Soz.: Absichtlich!) Ich will kein Urteil fällen, aber doch sagen: Die Würdigung, die der Kriegsmilitärminister geteilt dem Redemittel zugesprochen hat, kann ich seiner Beweisführung nicht aufrecht anerkennen, daß er uns anständigem Verhalten gerüdet. (Zuruf gut! b. d. Soz. Inruhe rechts.) Die nicht verlesene Stelle lautet folgendermaßen: „Gibt es inzwischen kein anderes Mittel Krüge zu vereiteln? Seit Jahren schon glauben die Anarchisten, wie sie überhaupt die direkte Aktion lieben, einen direkten Weg gefunden zu haben, der sofort zum Ziele führt, und es ist die fälschliche Übernehmung durch die durchgeführten Gemeinwesen in Frankreich übernommen, aus

deren Reihen wieder Anhänger dieses direkten Weges auch in die sozialistische Partei gelangt sind.“ Diefen Satz also hat der Kriegsmilitärminister überlesen. Vorgelesen hat er: „Dieser Weg ist ein fälschlicher. Die Übernehmung durch die Soldaten oder wenigstens der Reservisten.“ Nicht vorgelesen hat er dann wieder das folgende: „Wie sie (das ist die Dienstverweigerung, die u. a. Genosse Verbis propagiert.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Ursprünglich glaubte ich jemandem des Kriegsmilitärministers, daß er falsch bedient wurde, daß jemand ihm dieses gemein gefälschte Zitat überlassen hat. (Zuruf rechts: Inerhörl! Zuruf b. d. Soz.: Wollig wahr!) Sie haben recht, es ist allerdings unerhörl, daß ein Mann, der uns verantwortlich ist, es wagt, der Öffentlichkeit

zu unterbreiten. Weich dem mit der Kriegsmilitärminister, der den Artikel gelesen hat, nicht, daß der Zweck des sieben Seiten langen Artikels sein anderer ist, als die Bekämpfung des Militärsatzes. Ich glaube an Respekt vor der Volksoberkeit, hätte der Minister unterlassen müßten, so zu handeln und auch aus Respekt vor sich selbst. (Sehr, Zurf. b. d. Soz.)

Aber ganz abgesehen von

dieser Fälschung: eine Partei hat Anspruch darauf, daß sie nach ihrem Programm, nach ihren offiziellen Beschüssen bewertet wird. (Zuruf b. d. Soz.) Nicht aber nach den Äußerungen einiger ihrer Männer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie hat sich auf ihren sämtlichen Vereinigungen einmütig gegen die Sozialnegotiation und antimilitaristische Agitation gekehrt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich verweise außerdem auf folgendes: Vier

sozialdemokratische Parteien haben am 23. Dezember 1890 ihre in Reichstag: „Wir haben schon oft erklärt, und auch ich kann erklären, daß wir bereit sind, dem Vaterland gegenüber ganz dieselben Pflichten zu erfüllen wie andere Bürger. Ich weiß, daß nicht einer unter uns ist, der in dieser Beziehung anders denkt.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Bebel hat in „Leber die Tätigkeit des deutschen Reichstages von 1890 bis 1893“ geschrieben: „an der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufsmäßigen Vertreter der Reichsregierung betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, sich einer Fremdbestimmung zu ergeben.“ (Hört, hört! b. d. Soz.)

Nun ist vom Kriegsmilitärminister gesagt worden, die jungen Leute, die wir aufrufen, bevor sie in den Dienst treten, könnten nicht unterscheiden zwischen dem Militärdienst und dem Militarismus, vor welchem wir ihnen Winken einflößen wollten. Die jungen Arbeiter können aufpassen, daß sie zwischen Militarismus und Militärdienst unterscheiden können. Sollte das bei allen nicht zutreffen, so sind nicht wir daran schuld, sondern

die jämmerliche Volksführung, für die kein Geld übrig ist wegen der ewigen Militärsforderungen. (Sturm. Zurf. b. d. Soz. Värm rechts, forsetzliche Zurufe der Abg. Reich, Graf Westarp und anderer Junker.)

Einem besondern Trampel des Kriegsmilitärministers bilden die Verhandlungen über unsere Stellung zum Geb. In den Kriegsjahren der Sozialistenführung (sehr gut! b. d. Soz.) haben Staatsämter gegen uns die Verleumdung erhoben, daß wir die Heiligkeit des Privatbesitzes nicht achten. Davon ist man zurückgekommen. Man hält sich noch an unsere

Stellung zum Fabrik- und Verfassungsgeld.

Alle unsere Ausführungen in dieser Beziehung sind nichts als historische Theorien, zu welchen die herrschenden Parteien, Regierungen und Parteien die Praxis gefahren haben. (Sturm. Zurf. b. d. Soz. Inruh rechts, Loben der Abg. Reich und Graf Westarp.) Ich erinnere daran, wie oft Friedrich Wilhelm IV. in die Lage gekommen ist, die Verfassung über das, was er dafür hielt, zu bekämpfen und dann

das Gegenteil von dem zu tun, was er beschworen hatte.

Vizepräsident Kämpf: Sie dürfen das einem Hohenzollern nicht vorwerfen.

Abg. Frank: Sätze mit der Wortführung nur ausbreiten lassen. Ich bin nämlich der Ansicht, daß geschichtliche Vorgänge nicht mit dem Worte Weisheit bezeichnet und nicht von den Schwärzgeräten angegriffen werden dürfen. Ich darf mich auch daran erinnern, daß Wilhelm I. den Verfassungsgeld auf die preussische Verfassung unter Aufsicht von Bismarck geschworen, ihn

aber ebenfalls nicht gehalten hat. (Abg. Graf Westarp: Das ist unerhörl!) In der Inbenediktionsrede Bismarcks war ausdrücklich angegeben, daß die Verfassung nicht geändert werden soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Was der sozialistischen Auffassung, die Sie hier in Bezug auf die geschichtlichen Vorgänge vertreten, wären in schließlich die Welsen die einzig wahren und berechtigten Volksvertreter. Wie viele verschiedene Eide haben denn s. B. die Sozialdemokraten im Laufe der Jahre schwören müssen und nicht halten können? In London hielt in der Nähe des Parlaments das Parlament eines solchen historischen Eides, als Ober-Grommel, des Mannes, der der Spitze des Volkes stand, die Verfassung wiederholt gebrochen und einen König aus Schacht gebracht hat. Der Punkt, auf den es ankommt ist: Gibt es ein geschichtliches Recht für die Wähler ohne Rücksicht auf das formale Recht, auf Verfassungen und Abkommen, wenn die Umstände es gebieten, den Willen des Volkes zu tun? (Sehr, Zurf. b. d. Soz. Inruh rechts.)

Im übrigen werden wir nach wie vor die Agitation betreiben, die wir bisher betreiben haben. Wir werden den jungen Leuten die Augen öffnen, ihnen einwärtsen, in der Kaiserin letzten

gute Sozialdemokraten zu bleiben, aber nie davon zu sprechen. Wir werden sie weiter über ihre Beschwerderede und über den Militarismus aufrufen, und werden sie zu bewachen, was Konstant sagt. Ich will sie in herabzudenken. (Wiederholte Gelächter rechts.) Wir erinnern sie daran, daß sie stolz sein sollen, aufgefällige Arbeiter zu sein und daß sie Anspruch auf menschwürdiges Verhalten haben. (Sturm. Inruh, sehr b. d. Soz.)

Wir werden unseren Kampf weiter kämpfen wie bisher. Gegen den Militarismus und gegen den Mann, der als Schwärzger der Arbeiterwelt auftritt, der über jegliches menschliches Schicksal gelitten hat. (Sturm. Beifall b. d. Soz. und auf den Tribünen.)

Vizepräsident Kämpf: Nach Durchsicht des Stenogramms rufe ich den Abg. Frank zur Ordnung, weil er dem Kriegsmilitärminister gefälschte Zitate vorgelesen hat. (Sturm. Zurufe b. d. Soz.: Verhält! b. d. Soz.) Ich rufe den Redner ferner zur Ordnung, weil er dem Kriegsmilitärminister unanständiges Verhalten vorzuwerfen hat. (Aufse b. d. Soz.: Entsetzen Sie ihm doch das Wort!)

Kriegsmilitärminister v. Einem: Der Abg. Frank hat mir vorgeworfen, falsch zitiert zu haben. Auslassen heißt doch nicht falsch zitiert. (Zuruf b. d. Soz.: Da hat sich doch alles auf.) Der Abgeordnete hat selbst ausgesagt, das Konstant sagt: „In Reichstag hat Mittel ist einfach, und wenn durchgeföhrt, unerschöpflich.“ (Abg. Bebel zuruf: Das ist doch Ironie!) Ich be-

den Sie mit mir der Ironie noch Beibel (Värm, Weif, rechts.) Konstant sagt ferner, daß seine ethischen Gründe vom Standpunkt des Parlamentarismus dagegen sprechen. Das ganze kommt also darauf hinaus: Konstant möchte wohl, aber er kann nicht. (Sturm. Beifall rechts.) Nicht zu Willen sein ist sonderbar der Macht zur Durchführung der persönlichen Ideen. Auch die Sozialnegotiation hat Herr Beibel aus guten Gründen bekämpft. Er fürchtete nur den Neutreten zu schaffen, sonst möchte er auch schon damit anfangen. (Abg. Bebel zuruf: Beibel! Beibel! Beibel! rechts: Aufse!) Sie kann Ihnen doch nicht alle Antifriede vorlesen. (Lautes Lachen b. d. Soz. Abg. Redebour: Wenn Sie Anschuldigungen erheben, dann müssen Sie sie beweisen. Willen rechts: Aufse, Aufse!) Es ist ja klar und weiß von Ihnen, daß Sie mit der Sozialnegotiation im Interesse der Soldaten zu prüfend sind. Aber wenn Sie können, dann würden Sie schon bester in der Kaiserin agizieren.

In den Berichten über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion auf dem Reichstag von 1892 heißt es, daß der Militarismus dem Interesse der herrschenden Klasse und dem Kapitalismus dienlich sei (Sehr, Zurf. b. d. Soz.), den zu bekämpfen die Lebensaufgabe der Sozialdemokratie ist. (Sehr, Zurf. b. d. Soz.) Weiter habe ich mich nichts gesagt. Der geordnete Singer hat auf dem Reichstage gesagt: Wir sind Feinde des Militarismus und werden ihn bekämpfen. Bis er sich gemindert am Boden liegt. (Sehr, Zurf. b. d. Soz.) Sie wollen die Stützen der Macht des Vaterlandes untergraben, die Stützen des Staates umstürzen. (Sehr wahr! rechts.) Das ist ihr Lebenswerk und ihr Lebenszweck. (Sehr wahr! rechts.) Und das ist unerhörl, das ist infam. (Lauter Beifall rechts.) Stolz hat der Abg. Frank auf Grommel und Bismarck hingewiesen, und gemeint, er wandle auf den Spuren Bismarcks. Aber Bismarck hätte die Verfassung nur umgehoben, um ein ganzes Volk glücklich zu machen. (Zuruf b. d. Soz.: Als der Junker aufsteht!) Ich will aber Bismarck hat er ein einziges Deutschland geschaffen. Sie kämpfen nur für eine Klasse, das Proletariat. (Zuruf b. d. Soz.: Nein, für das ganze Volk!) Sie sehen das Volk nur im Proletariat und bekämpfen alles andere. Sie erziehen die politische Macht nur unter dem Deckmantel, die Arbeiter besser zu stellen. In seinem Kampf hat Bebel nicht viel für die Arbeiter getan als in Deutschland. (Beifall rechts. Lachen b. d. Soz.) Über die Agitation der Sozialdemokratie haben diese Entwürfe. (Bravol rechts und b. d. Natf., lautes Lachen b. d. Soz.)

Erzberger (Zentr.): Der Kriegsmilitärminister hat zwar Vorwürfe gemacht, aber gerade auf die wichtigsten Fragen nicht eingegangen. Ein merkwürdiger Unfall hat gemacht, daß die Reichstagsfraktion am Donnerstagabend gerichtet habe,

auf der Post geöffnet

und wieder geschlossen worden ist. (Sehr, Hört, hört!) Ich benötige mich damit, diese Tatsache einfach mitzuteilen. Ebenso wenig ist der Kriegsmilitärminister auf meine Klagen über Schärferung von Katholiken in Arbeitervereinen eingegangen. Sein Angriff auf mich zeigt, daß es ein schändliches Geschick ist, dem Parteien Willen zu folgen und in der Subkommission auf Sparflamme zu drängen. (Bravol! l. Zentr.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Das Gehalt des Kriegsmilitärministers wird bemittelt. Die Resolution des Zentrums, daß Kontrollverordnungen jährlich nur einmal stattfinden sollen, wurde angenommen. Ebenso die Resolution der Freisinnigen, die eine Reform des Militärstrafrechts verlangen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Fortsetzung. Dann Pensionfonds und Invalidenfonds.)

Schluß: 7 Uhr.

Volkswirtschaftliches.

Der wirtschaftliche Rückgang.

zeigt sich auch darin, daß im verflochtenen Jahre wesentlich weniger Aktiengesellschaften ins Leben traten als im Vorjahre. Nach den Ermittlungen des Kaiserlichen statistischen Amtes — auf Grund der Bekanntmachungen der Berichte im Reichsanzeiger — wurden im Jahre 1908 151 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 162,5 Millionen Mark neugegründet gegenüber 217 Gesellschaften mit 260,7 Millionen Mark im Jahre 1907.

Von den 151 neuen Gesellschaften des Jahres 1908 wurden 72 mit 82 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen begründet; für die Sadeinlagen wurden hierbei 68,5 Millionen Mark in Aktien gezahlt. Im Jahre 1907 war die Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften — wie die gesamte Gründungsstätigkeit — größer. Im Wege der Umwandlung waren im Vorjahre 118 Gesellschaften mit 182,8 Millionen Mark Nominalkapital gegründet. Kapitalerhebungen erfolgten im Jahre 1908 bei 66 Gesellschaften mit 443,9 Millionen Mark, während 66 Gesellschaften Kapitalerhebungen in Höhe von 40 Millionen Mark vornahmen. Von den letzteren erfolgten nur vier durch Neuzugänge oder Ankauf von Aktien und zwar im Gesamtbetrag von 0,7 Millionen Mark. In den übrigen 39,3 Millionen Mark wird man Kapitalverluste der Aktionäre infolge Schwankungen zu erlösen haben.

Sozialen.

Akt.-Uhr.-Ladenstillschluß und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Eine lebhatte Agitation für den reichsgesetzlichen Akt.-Uhr.-Ladenstillschluß und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe veranlaßt der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, um den Einwänden entgegenzutreten, daß diese Forderungen nicht durchführbar seien, hat sich der Verband an die örtlichen Komitee der Arbeitervereinigungen gewandt und diese um eine Stellungnahme in diesen Fragen vom Standpunkt des laudenden Publikums ersucht. Ein großer Teil dieser Gutachten ist bereits eingegangen. Sie stimmen sämtlich dahin überein, daß auf Grund der jeweiligen örtlichen Verhältnisse der Akt.-Uhr.-Ladenstillschluß und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sehr wohl durchführbar sein und Nachteile für das laufende Publikum nicht zu befürchten seien; nur Mühe, Barmitteln, Fleiß und Eifer sollen im Akt.-Uhr.-Ladenstillschluß und der Sonntagsruhe verfaßt werden dürfen. Im übrigen könne jede Beschäftigung der Handlungsgehilfen an Sonntagen verboten werden. Die Gutachten werden vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands dem Reichstag des Innern eingereicht werden.

Verbot einer Unternehmerragion gegen eine andere. Der sächsisch-thüringische Härbervertrag hat beschlossen, vom 18. März ab keine Aufträge für den Verband sächsisch-thüringischer

cher Weberereien mehr auszuführen. Aus dem Härberring sind in letzter Zeit etwa 10 kleinere Härbereien ausgewickelt. Diese erhielten von den Webfabriken Aufträge, worauf der Ring von Verbands der Weberereien verlangte, daß nur ihm die Aufträge überlassen würden. Das lehnte der Verband ab und seit Donnerstag tagte die Härbereier der Weberereien, um diese und auch die abtrünnigen Härbereien wieder unter seine Fuchel zu bringen.

Der schichtführerige Härberring fertigte vor einigen Jahren, ebenso wie die Weberereien, viele tauchende Arbeiter und Arbeiterinnen aus, weil sie eine bescheidene Lohnerhöhung forderten. Wie erwidert die Härbereiarbeiter bezahlt werden, beweist der Umstand, daß Arbeiter, die 14,40 Mark Wochenlohn erhalten, mindestens ein halbes Jahr im Verfehe beschäftigt gewesen sein müssen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 22. März 1909.

Der Sozialdemokratische Verein

hielt am Sonntag, 21. März, im Volkspark eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, die stark besucht war. Nach der Eröffnung um 11 Uhr wies der Vorsitzende, Genosse Albrecht, auf die wichtigen Aufgaben der Versammlung hin und teilte mit, daß Genosse Fannackh-Verlin als Vertreter des Parteivorstandes erschienen sei, ebenso sei Genosse Kanert anwesend. Die Tagesordnung wurde nach einer Geschäftsordnungsdebatte nach dem Beschlusse des Vorstandes festgelegt. Danach war zuerst über den Antrag des Genossen Thiele die Versammlung mit einer fünfgliedrigen Kommission, welche die Vorarbeiten für die Überlieferung der Geschäftsordnungsdrucker in Parteieigentum zu erledigen hat, zu verhandeln. Trotz eines in voriger Versammlung genehmigten Schuldantrages zu dieser Sache wurde der Antrag nochmals diskutiert.

Als erster Redner führte Genosse Jähmig aus: Die in der vorigen Versammlung gefasste Behauptung des Genossen Dohs, die Überlieferung der Geschäftsordnungsdrucker seien in die Händen der Geschäftsdrucker gefallen, ist unmaß. Um dieser Behauptung, die weit verbreitet sei, entgegenzutreten, ist die Veröffentlichung des geschichtlichen Nüchterns der Drucker notwendig gewesen. Die Geschäftsdrucker sei selbst befreit, eine ruhige Überlieferung der Drucker in Parteieigentum herbeizuführen. Wenn man nach dem Antrag Thiele beschließen wolle, müsse man zuvor auch die General-Versammlung der Geschäftsdrucker hören, deren geschichtliche Verbindlichkeiten es verhindern, daß sofort überführt werde. Im Partei-Interesse werde auch unter den jetzigen Verhältnissen festgearbeitet werden. Die Geschäftsdrucker, die ihre unumgänglichen Schwierigkeiten zu machen und ihr wie dem gegenwärtigen Parteivorstande Vertrauen zu schenken. (Beifall.)

Genosse Thiele will seinen Antrag aufrecht erhalten. Die Geschäftsdrucker hat nicht darüber zu befinden, ob die Drucker in Eigentum der Gesamtpartei oder der örtlichen Organisation übergeben. Die Geschäftsdrucker scheine sich als selbständige Körperschaft zu fühlen, was verfehlt sei. Die geschichtlichen Verbindlichkeiten, die Jähmig erwähnt habe, seien nicht ausschlaggebend. Seine Ausführungen beruhten den vorliegenden Antrag nicht, auch nicht die Veröffentlichungen im Volkspark. Es sei festzustellen, daß gerade durch diese Erklärungen die Notwendigkeit der Überlieferung erwiesen worden sei. Der Geschäftsdrucker-Vorstand habe gegen die Entschädigung darüber, ob eine Kommission oder der gegenwärtige Parteivorstand die Überlieferung vorzubereiten habe. Am Schlusse hierauf sei der Vergleich mit den Verhältnissen anderer Unternehmer, die nicht mit Arbeiter-Organisationen verhandeln müssen, nicht zu umgehen. Die Überlieferung der Drucker seien nicht durch die Zustimmung der Leiter erfolgt worden, sondern durch den lobenden Auftrag des Vorstandes. Die Genossen hätten also keine besondere Tugend entwickelt. Die Überlieferung der Drucker würden noch größer gewesen sein, wenn sie sich schon früher in Parteibeit befunden hätte. Die Tätigkeit der Geschäftsdrucker sei deshalb nicht besonders zu loben. Die Mittelungen der Geschäftsdrucker seien durchaus oberflächlich. Es sei zu beweisen, daß die Partei heute keinen Einfluß auf die Drucker besitze. Die persönliche Zuspaltung der ganzen Angelegenheit sei nicht Schuld des Antragstellers. Die Verbindlichkeiten am Orte würden der Geschäftsdrucker wohl immer nicht angemessen zur Überlieferung sein. Vor Jahren ist einmal ein Flugblatt gegen die Konsumvereine in der Drucker gedruckt worden, an andere Sachen wolle Weberine gar nicht erinnern. Die Pflicht der Überlieferung ist nicht eine Exklusivangelegenheit, sondern eine innere Notwendigkeit. Die anwesenden Parteigenossen von anderswärts, die hergekommen seien, um den Antrag niederzulegen, möchten die Frage ruhig überlegen. Die Partei müsse die Wahl des Vorstandes der Geschäftsdrucker selbst vorsehen. Die Ausweisung des Genossen Jähmig, eventuell zurückzutreten, ist schon oft getan worden. Es sei geteilt in Ammendort gelangt worden, daß ein Stelle Jähmigs er, Redner, gefehlt werden sollte. Das sei lächerlich. Es seien ihm mehrfach andere Stellen angeboten worden. Mit der größten Niedertracht sei man gegen ihn, Redner, vorgegangen. Nachdem am Sonnabend im Volkspark der Bericht von einer Gerichts-Verhandlung gegen ihn und seine Frau gehalten, die er seit Entschlossen, eine ihm angebotene Stellung auszufalschen. Wegen des Urteils sei übrigens Verurteilung angemeldet. — Redner verurteilt hässliche Vorurteile zwischen einigen Familien zu existieren, wird daran aber gebührend. — Die Überlieferung der Drucker sei auch deshalb notwendig, weil neuerdings der Verlag des Volksblattes an den Genossen Jähmig übergegangen ist. Er stelle fest, daß es unbillig war, eine Person als Verleger zu bestimmen. Auch in der Frage des Verlags hat der Vorstand nicht einmütig freigesprochen. Der persönliche Verleger müsse verurteilt werden. Die ganze Frage habe neuerdings eine unliebsame persönliche Zuspaltung herbeigeführt. Hier finden heute eine ähnliche Wirkungslosigkeit wie in früheren Streifen auch bei uns aus Unbill dieser persönlichen Zuspaltung. Der Vorstand habe die Drohung mit seinem Nichttritt angewendet, um den Antrag zu Falle zu bringen. Man habe aber ihn mehrfach die Klage des Vorstandes hören müssen, daß er überlastet sei; deshalb sei zur gründlichen Vorbereitung der Überlieferung eine Kommission notwendig. Es sei auch die Frage, ob der Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung sich zur Erledigung dieser Sache eigne. Aus allen diesen Gründen

hätte er es für notwendig, eine Kommission einzusetzen, die selbstständig sein müsse. Wenn gelangt würde, daß die Überlieferung erst in Zeiten der Ruhe geschehen solle, dann möge man nur jetzt für Überlieferung eintreten, danach werde sicher Ruhe kommen.

Ein Geschäftsordnungsantrag, die Redezeit auf zehn Minuten abzukürzen, wird abgelehnt.

Genosse Geric meinte, daß Genosse Thiele nicht berenige sei, der zum Frieden aufordern könne. Er habe dem Vorstand selbst das Mißtrauen ausgesprochen. Der Antrag richte sich nur gegen die jetzige Parteileitung. Ueber die Überlieferung hergehe keinerlei gegenseitige Meinung, aber der gegenwärtige Zeitpunkt sei schlecht gewählt. Redner geht näher auf die inneren Verhältnisse der Geschäftsdrucker und auf den Unterschied zwischen Geschäftsdrucker und offener Handels-Gesellschaft ein, welche letztere geschäftlich nicht empfehlenswert sei. Den Leitern der Geschäftsdrucker gebühre trotz der Ausfalschungen des Genossen Thiele Dank.

Genosse Marx erwidert, daß nicht der engere Vorstand, sondern die Funktionäre, 45 Personen, alle Beschlüsse in dieser Frage gefasst haben. Die Geschäftsdrucker habe, daß sie durch ihre Veröffentlichung erwiesen, stets im Interesse der Partei gearbeitet.

Genosse Albrecht geht auf die Vorgeschiedenen des Antrages ein. Der örtliche Vorstand habe in dieser Frage alles getan, was in seinen Kräften stand, aber der Antrag des Genossen Thiele sei gekommen ehe alle Schritte unternommen werden konnten. Man solle sich doch erinnern, daß die Partei auch mit dem „Volkspark“ erhebliche finanzielle Verbindlichkeiten zu erfüllen habe, da seine man nicht noch immer Unternehmungen auf die Partei übernehmen. Die Partei habe immer Einfluß auf die Verhältnisse in der Drucker gehabt. Gerade das Flugblatt, welches Genosse Thiele angeführt hat, ist lediglich durch das Eingreifen des Parteivorstandes unterdrückt worden. Auch in der Verlagsfrage habe der Vorstand ganz nach dem Wunsch der Funktionäre gehandelt. In Wirklichkeit hat die Geschäftsdrucker den Verlag bekommen. Die Frage, ob der Vorstand berechtigt war, die Kabinetsliste zu stellen, bedürfe seiner Erörterung. Die Wahl einer selbständigen Kommission wäre eine Durchbrechung der Statuten, die bestimmen, daß der Vorstand die Partei nach innen und außen zu vertreten habe. Die Berufung auf die Volkspark-Kommission sei hinfällig, weil dabei der Parteivorstand mitwirkt. Der Antrag müsse also unter allen Umständen abgelehnt werden.

Genosse Vetter betont, die jüngeren Parteigenossen müßten stolz sein, daß die alten ergrauten Genossen ebend soviel Idealismus für die Partei beizubringen.

Genosse Kanert-Ammendort hofft, daß man es bezüßeln möge, wenn auch ausstränge Genossen das Wort ergreifen. Die Kommission sei ganz unmaß. Der Vorstand verdiene volles Vertrauen. Die Widerspruch in den Ausführungen des Genossen Thiele seien offensichtlich. Er habe gesagt, daß 5 Genossen weittragende Beschlüsse gefasst hätten und es seien 40 verantwortliche Genossen gewesen.

Genosse Kochanski meint, daß die Überlieferung der Drucker von allen vertreten werde. Auch Parteivorstände haben große Schwierigkeiten gehabt. Bei vielen Genossen bestehe die falsche Anschauung, daß auch das Blatt sich in Geschäftsdrucker-Eigentum befinde. Das sei falsch. Heute könne niemand mehr sagen, daß die Ausgestaltung des Blattes eine mangelhafte sei. Wenn Thiele gesagt habe, daß die Geschäftsdrucker Unternehmen gleiche, die nicht verhandeln wollten, so richte sich diese Behauptung selbst gegen die Tatsache, daß die Geschäftsdrucker stets mit den Parteifunktionären und Korpora-Vermittlungen verhandelt hat. Genosse Thiele habe auch einmal ein Flugblatt gegen den Geschäftsführer Konsumverein geschrieben. Als früherer Buchdruckermeister müsse Gen. Thiele wissen, mit welchen ungläubigen Schwierigkeiten in solchem Betriebe oft zu rechnen sei. Der Geschäftsdrucker könne heute keinerlei Vorwurf mehr gemacht werden.

Ein Antrag des Genossen Mendorf, welcher besagt, daß eine fünfgliedrige Kommission zu wählen sei, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand und dem Vorstand der Geschäftsdrucker tagen und der nächsten Mitglieder-Versammlung Bericht erstatten soll, wurde nicht genügend unterstützt.

Genosse Adler erklärt, daß die Ammendorfer Genossen die Entwicklung der Angelegenheit nicht kannten. Den Anlaß der heutigen Vorgänge bei dem Verhalten des Vorstandes. Die vorige Versammlung sei beschlußfähig als die heutige gewesen. Die Genossen vom Lande seien zu dieser Abstimmung heringeholt worden. Bei der Einladung sei nicht korrekter verfahren. — Redner wird unterbrochen, weil er auf andere Angelegenheiten abzuweicht. — Diejenigen, die heute behaupten, daß der Antragsteller alle ergrauten Genossen aus ihren Stellungen bringen wolle, hätten selbst benachteiligte Genossen aus ihrer Stellung gebracht. Der Vorstand der Geschäftsdrucker habe mit seiner Veröffentlichungen nur die Mitglieder fangen wollen. Andere hätten auch ihre Schuldbiligkeit getan. Zu kämpfen ist es überall bei Uebertreue von Parteileitern gekommen. Es hätten müssen die Mitglieder zur heutigen Versammlung eher eingeladen werden. Auf Widerspruch erklärt Redner, die Genossen vom Lande seien heringeholt, um Rabau zu machen. Der Antrag Thiele müsse angenommen werden.

Genosse Albrecht gibt Aufklärung, warum die Versammlung nicht eher eingeladen worden ist. Genosse Hoffmann-Beelen wünscht, daß ihn die Versammlung ruhig anhöre. Die Absichten des Genossen Thiele möchte gut sein, aber sein Antrag komme zu früh. Dem Vorstand dürfe kein Mißtrauensvotum erteilt werden. Den ländlichen Genossen sei der Vorwurf gemacht worden, daß sie hier als Stimmhieb dienen sollten. Das sei unerhörte von einem Genossen, der Aufklärung unter die Wahlen auf dem Lande tragen wolle. Die ländlichen Genossen seien vollständig informiert. Der Antrag Thiele müsse abgelehnt werden.

Genosse Fannackh-Verlin, dem der Parteivorstand an den Vorarbeiten in Halle beteiligt war, würde hier kein Vertreter von ihm sprechen. Es sei notwendig, einige persönliche Verhältnisse zu berühren, da Genosse Thiele ihrer bereits Erwähnung getan hätte. Eine längere Stellungsbiligkeit des Genossen werde von niemand beabsichtigt. Es sei ihm daher von General-Kommission und Parteivorstand erst jetzt eine Stellung angeboten, die ihn wohl befriedigen könnte und ihm auch finanziell keine Verschlechterung gegen früher brächte. Wie die Dinge lägen, würde Genosse Thiele wohl auch auf diesen Vorschlag, der ihm ermögliche im Interesse der Gesamtpartei Erprobendes zu leisten, eingehen. — Wenn nun einmal am Orte die Dinge im Rollen

lägen, läge sich nicht mehr aufhalten. Die Geschäftsdruckerdrucker stände vor der Überlieferung. Es müsse nur der geeignete Moment abgewartet werden. Wenn einem aber in wirtschaftlichen Dingen das Feuer noch nicht auf den Nageln brenne, solle man nicht klopfen. Die Partei habe große finanzielle Verbindlichkeiten. Im Falle herrige im Prudenzvertriebe die allerbeste Ordnung deshalb sei es nicht nötig, hier etwa mit einem Feste einzugreifen. Mit der Umwandlung würden die Verhältnisse ja gar nicht geändert, sondern nur der Name. Es sei geradezu ein Glück gewesen, daß hier die Geschäftsdrucker noch existierte, um der Partei finanzielle Schwierigkeiten, die man wohl kenne, beizugehen zu helfen. Einer offenen Handels-Gesellschaft hätte der Parteivorstand nicht die nötigen Mittel überweisen können. Würde die Herausgabe des Organs unter der Verbindung mit der Geschäftsdruckerdrucker leiden, dann wäre es Müßigkeit der Genossen, sofort umzuwandeln, aber das ist nicht der Fall. Dem Antrage des Genossen Thiele könne nur zu gestimmt werden, daß durch die ordnungsmäßig eingeleiteten Partei-Instanzen die Sache erledigt werden sollte. Man dürfe keine neue Partei-Instanzen schaffen, um nicht neue Neigungsflächen zu erzielen. Es könnte eventuell dem Vorstande aufgegeben werden, fortlaufend die Angelegenheit im Auge zu behalten und regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen Bericht zu erstatten. Die formalen Eigentumsverhältnisse wären jetzt und später außerordentlich leicht zu regeln. Geschäftsdrucker und Handels-Gesellschaft hätten sich gleichmäßig zu sichern, daß nicht Personen als tatsächliche Eigentümer dorthin. Den ersten Teil des Antrages Thiele könne man ohne weiteres annehmen. Die im zweiten Teile vorgesehene Funktion müsse aber der Vorstand übernehmen. Es werde mindestens noch ein volles Jahr verteidigen, ehe einmal an die tatsächliche Überlieferung gedacht werden könne. Mit dem von ihm empfohlenen Beschlusse könnte man zum Ziele gelangen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Genosse Thiele sieht darauf seinen Antrag zugunsten des Westfälischen Vermittlungs-Antrages zurück. Genosse Fannackh beantragte nunmehr formell, daß die Versammlung dem Vorstand den Auftrag erteilt, die Überlieferung der Drucker in Parteieigentum in die Wege zu leiten und einer der nächsten Versammlungen Bericht zu erstatten.

Es entspann sich wiederum eine Geschäftsordnungsdebatte über den Abstimmungsmodus, nach deren Verlauf zuerst über den Antrag des Genossen Thiele und dann über den Antrag des Genossen Fannackh abgestimmt wurde. Die Überlieferung der Drucker wurde im Prinzip einstimmig beschlossen, die Wahl einer Kommission dagegen mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit war der Gesamtantrag des Genossen Fannackh angenommen.

Genosse Kochanski beantragte nunmehr, die Versammlung zu schließen, die Behandlung der Bescherdeberichterstattung an den Parteivorstand den Funktionären zu überweisen und die Mitarbeiter in einer demnächst einzuberufenden Versammlung als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Dem wurde in bezug auf die Bescherdeberichterstattung zugestimmt. Die Mitarbeiter kam jedoch noch zur Behandlung.

Vom Genossen Adler wurde über die Tätigkeit der Mitarbeiter-Kommission kurz berichtet. Die Veranstaltungen sollen in ähnlicher Weise stattfinden wie im Vorjahre. Die Kommission beantragt ferner, die Versammlung wolle dem Leipziger Beschlusse beitreten, wonach alle Parteigenossen, die in Partei-, Geschäftsdrucker- oder Geschäftsdruckerbetrieben tätig sind und bei Arbeitsruhe zur Waiteisen Lohn weiter erhalten, verpflichtet sind, einen Tagesberichts an den Parteivorstand abzuliefern. Genosse Keimann entnimmt aus dem Bericht der Kommission, daß die Feier in bisheriger Weise stattfinden, daß also auch Arbeitsruhe im weitestgehenden Maße eingehalten werden soll. Hierzu gab Genosse Adler noch eine kurze Erläuterung. Genosse Fannackh ging auf den Nürnberger Parteivorstand ein, welcher dem Antrage der Kommission zugrunde liegt, und sprach sich dafür aus, daß der Beschlusse für jeden Parteigenossen, also auch Geschäftsdrucker- und Geschäftsdruckerbetriebe, zwingend sein müsse. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen, ebenso wurde den übrigen Vorschlägen der Kommission zugestimmt. Schluß der Versammlung gegen 8 Uhr.

Rechtsträffig.

Wegen angeblicher Beleidigung des sogenannten Generalsekretärs Michaels vom Reichsverband war unter früherer Rologe T. Hiele von der hiesigen Strafammer am 18. Dezember 1908 zu 600 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Anlage führte sich auf eine Notiz mit der Schikarte „Eine politische Düngegrube in Halle“, wodurch sich der genannte Generalsekretär, den die Kassen der vommerischen Großstadt Demmin zu verstanden haben, beleidigt fühlte. Vor dem Schöffengericht war Genosse Thiele freigesprochen worden, das Landgericht jedoch glaubte, daß eine solche Frevelt nicht ungedogen bleiben dürfe. Selbstverständlich wurde gegen das Urteil Revision angemeldet; diese ist nunmehr am Sonnabend, 20. März, vom Oberlandesgericht in Raumburg verworfen worden. Das Landgericht hat also ohne „Rechtsirrtum“ geurteilt und die Strafe ist nunmehr rechtssträffig.

Frevelhafter Fabrikstilgkeit

machte man sich an einem Neubau an der Ecke der Schulstraße und Parkstraße, der von dem bekannten Maurermeister Reichardt ausgeführt wird, schuldig. Heute vormittag war man dort beschäftigt, Wallenlagen aufzubringen. Gegen 1/211 Uhr brach plötzlich ein großer Fensterbogen und die ganze mit ihm verbundene Steinplatte fiel, in die Tiefe, mitten auf die Straße, wo sie krachend auseinanderlag. An der Stelle entstanden sich wenige Sekunden vorher noch zwei kleine Kinder aufgehoben, ebenso auch ein Arbeiter, die unglücklicherweise erlitten worden wären, wenn das Mauerwerk fest getrossen hätte. Die Fallhöhe ist an jener Stelle eine sehr enge nach beiden Seiten hin, besonders die Fußwege sind durch den Bau außerordentlich beschränkt, so daß die Passanten gezwungen sind, direkt unter dem Mauergerüst durchzulassen. Nun ist aber an diesem nicht die geringste Schutzvorrichtung angebracht, weder das vorge-schriebene Fanggerüst, noch etwa an der Lauffläche ein hochstehendes Brett, um das Herabfallen von Schutt zu verhindern. Wer da unten vorbeigeht, liefert sich auf Gnade oder Ungnade dem ausführenden Baumeister aus. Wie ungeheuer gefährlich

Das stimmt: Rathreiners Malzkaffee ist der beste, denn er ist mit ausgefuchter Sorgfalt hergestellt und verdant einem besonderen Verfahren seinen unerreicht würzigen und aromatischen Geschmack. Seit fast 20 Jahren hat sich Rathreiners Malzkaffee überall bewährt und wird darum heute von Millionen Menschen regelmäßig getrunken. — Keine Nachahmung hat ihn je erreicht. —

Gewerkschaftliches.

Bauarbeiterausperrung in Braunschweig.

Nachdem vor längerer Zeit die Zimmergesellen eines Zimmermeisters in Braunschweig die Arbeit niedergelegt hatten, weil der geforderte Stundenlohn von 76 Pf. nicht bewilligt worden war, wurden am Freitag sämtliche organisierte Zimmergesellen entlassen. Da der Forderung des Unternehmerverbandes, die Arbeit bis Sonnabend wieder aufzunehmen, von den Streikenden nicht nachgegeben wurde, werden am Montag vom Unternehmerverband sämtliche organisierten Zimmergesellen, Dachdecker, Bauarbeiter sowie alle bei diesem Gewerbe Beschäftigten ausgesperrt werden.

Achtung, Metallarbeiter!

Im Bauhammer-Werk in Gröbbs bei Bielea, in dem mehrere tausend Arbeiter beschäftigt wurden, wurde eine allgemeine schützende Vorkehrung durchgeführt, obgleich die Aktiengesellschaft in den letzten drei Jahren 11, 14 und 11 Proz. Dividende ausgeschüttet, große Ausschüttungen vorgenommen und große Kantinen an die Aufsichtsratsmitglieder ausbezahlt hat. Der Metallarbeiterverband hat nun alle Versammlungen einberufen, die außerordentlich stat. besucht werden. Es wurde eine Resolution angenommen, die von der Direktion die Rücknahme der Lohnreduktion verlangt. — Von den Arbeitern sind bisher wenig organisiert.

Weber-Ausstand.

In München-Oldach haben wegen Lohnunterschieden bei der Firma Hören u. Heinrichs sämtliche Weber bis auf einen gestreikt. Die in der Zwischenzeit eingeleiteten Einigungsverhandlungen verliefen ergebnislos.

Achtung, Modellisterei!

In der Modellisterei von Schulz u. Kamp in Leipzig-Lindenau haben die Modellisterei wegen Differenzen mit dem Unternehmer am Freitag die Arbeit eingestellt. Zugang ist zu vermeiden!

Achtung, Tapetiererei!

In der Möbelfabrik von Förster in Leipzig haben sämtliche Tapetierergesellen wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Arbeitsangebote dieser Firma sind zurückzuweisen!

Achtung, Sattler!

Der Verband der Sattler verhängte über den Betrieb der Lederwarenfabrik von Galt, Dresden-Altstadt, die Sperre. Die Firma maßregelte die organisierten Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation, darunter Leute, die bereits 20 Jahre im Betriebe beschäftigt sind. — Vor Zugang wird gewarnt!

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gibt in Nr. 12 seines Verbandorgans „Die Gewerkschaft“ eine Uebersicht von der Mitgliederzahl und den Kassensverhältnissen von dem Jahre 1908. Demnach ist die Mitgliederzahl von 26 207 am Jahresabschluss 1907 auf 29 316 am Jahresabschluss 1908, also um 3109 gestiegen. Die Zahl der Verbandsfilialen hat sich von 89 auf 111 erhöht. Entsprechend diesem Zuwachse haben sich auch die Finanzverhältnisse gebessert. Am Einkommen waren 1908 zu verzeichnen: 550 797,31 M. (1907: 469 822,61 M.); Ausgaben: 464 218,61 M. (1907: 356 615,64 M.). Der Kassensbestand ist von 244 640,38 M. auf 331 219,08 M. angewachsen, das macht pro Mitglied 13,59 M. An Unterhaltungen wurden veranlagt: 3099,88 M. für Rechtslogistik, 22 270 M. in Sterbefällen, 19 815,63 M. bei Arbeitslosigkeit, 71 969,91 M. in Krankheitsfällen, 3346,90 M. in sonstigen Fällen, 4748,53 M. bei Maßregelungen und 15 003,50 M. bei Streiks; das ergibt für 1908 an Unterhaltungen zusammen 138 944,08 M. oder pro Mitglied 4,93 M. Für Sobolebungen ohne Arbeitslosigkeit und Agitation gelangen insgesamt 89 570,37 M. und für das Verbandsgeschäft 48 977,11 M. zur Ausgabe. Mitgliederbewegung und Finanzen des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes zeugen also von guter Fortwärtentwicklung.

Gewerbegericht Halle.

Halle, 20. März.

Zugespunden wurde dem Schilderwaler Krüger, der gegen den Malermeister Nilles wegen fünfjährigster Entlassung klagte, ein Lohnbetrag von 54 M. Kläger war zum 1. März nicht auf Probe, sondern dauernd engagiert und schließlich grundlos entlassen worden.

Mitlererred. Der Kellner Hüttl klagte gegen die Inhaberin eines Cafés, Frau Spatier, wegen Zahlung eines Weingehalts für die Monate November, Dezember 1908 und Januar, Februar 1909, à 20 M., insgesamt 80 M. Die Beklagte hingegen behauptet, Kläger sei nur bei freier Station und Trinkgeld ohne Lohnentschädigung engagiert worden. Bei dem Engagement habe Kläger gesagt, ihm liege nur daran, eine Stelle zu bekommen; er wolle gegen freie Station und Trinkgeld arbeiten. Der Vertreter des Klägers hat einen Quittungsbeleg vom 1. November und Oktober v. J. auf Lohn verzichtet haben lassen, weil das Café damals erst eröffnet worden ist. Für die kommenden Monate sei aber ein Lohnbetrag von 20 M. pro Monat vereinbart gewesen. Ein Vertrag im Sinne der Beklagten, Engagement ohne Lohn, bestünde gegen die guten Sitten. Die Verhandlung wurde mit einem Verweis darüber zu erheben, ob Kläger ohne Gehalt engagiert worden ist.

Einen Vergleich schlossen der Metzlermeister Hübsch und seine Schwägerin, die Inhaberin eines Kaffeegekölls Hübsch. Kläger verlangte einen zu Unrecht vorenthaltenen Lohnbetrag zurück und erhob üble Vorwürfe gegen die Beklagte. Letztere machte geltend, der Kläger habe nicht im Interesse des Geschäftes gearbeitet und Verfall gemacht. Man schloß einen Vergleich, wonach Kläger 10 M. erhält.

Anfrage fünfjährigster Entlassung fordert der Richter. Nach von der Zwangsverwalterin Illmann rüber 168 M. Er will mit 2 M. Lohn pro Woche bei 18 Prozent von dem Umsatz engagiert worden sein. Die Beklagte verweigert die Zahlung, weil Kläger gelegentlich einer Schlichtensfahrt nicht den Betrag abgeliefert haben soll, den er eingekommen hat. Die Verhandlung wurde behufs weiterer Vereinerlichung vertagt.

Gerichtsfaal. Strafkammer.

Halle a. S., 20. März 1909.

Wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung war ein schon mehrfach vorbestrafter Kaufmann von hier angeklagt. Als er im Sommer v. J. bei einer hiesigen Firma Stellung als Buchhalter fand, verschickte er seine Vorkonten. Sein Monatsgehalt betrug Anfangs 200 M., fiel aber bald auf 225 M. Trotz dieses leidlichen Einkommens verhaftete er sich durch Aneignung und Fälschung von vier Schecks eines „Webervereins“ auf 1800 M. Mit dem Gebe kaupte er u. a. eine goldene Uhr für 250 M. Der Schaden der Firma beläuft sich auf 1000 M.; der Rest der verurteilten Summen ist gebüht worden. Die geäußerte Firma war mit den Leistungen des Buchhalters zufrieden gewesen und persönlich hatte er einen durchaus vertrauenswürdigem Eindruck gemacht. Mit einem Teil des Geldes will er seine tranke Mutter unterstützen, Schulden bezahlt haben und man möge ihm als Bestrafung die Rückkehr in die bürgerliche Gesellschaft nicht allow jehmer machen. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis nebst fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Eine Ueberraschung wurde am 12. Februar d. J. einem Diensthilfen in Laden eines hiesigen Fleischermeisters in der Kesselfraße zuteil. Der Mann wurde von der Fleischermeistersfrau dabei betroffen, wie er hinter dem Abendlichstehenden Kasse zu öffnen versuchte. Die Frau war bei dem Anblick des Diebes derartig erschrocken, daß sie längere Zeit sprachlos vor ihm stehen blieb. Als der Dieb festgesetzt wurde, was er da eigentlich machte, spielte er den Sargmollen mit dem Bemerkten, er wolle sich nur für 10 Pfennig Wurst kaufen. Er wurde dann von einem in den Gefängnis verurteilten Webersmeister befreit, aber hinter dem Abendlichstehenden zu sein. Das Gericht verurteilte ihn, da Rückfall vorlag, zu drei Monaten Gefängnis.

Ein Ueberraschung am Abend des 7. April vorigen Jahres hatte ein 40jähriger Wohnrenter aus Wieder-gimmern das hiesige Wallhalbtal betraut und dort Stempel gemacht. Er wurde hinausgewiesen, verweigerte aber dann

die Bezahlung seiner Pech in Höhe von 1,15 M. Der schon sehr oft, auch wegen Raubes mit vier Jahren Zuchthaus bestrafte Mann wurde schließlich durch einen vorbeigehenden Polizisten zur Zahlung der Pech angehalten. Er kam der Aufforderung aber nicht nach, wurde sehr resistent und dann mit nach der Wache genommen. Unterwegs schlug und trat er unter den gemeinsamen Schimpfworten um sich und gebärdete sich wie ein Wilder. Nachdem er unter den größten Schwierigkeiten in die Arrestzelle gesperrt worden war, verging er sich an einem bereit in der Zelle untergebrachtem beurlaubten Mann, zerschlug in vorbestrafter Weise. Als der Wache schließlich nicht mehr wurde, protestierte er sehr energisch gegen den unmenhlichen Arrestverfahren. Die Hellengeoffenen mußten schließlich getrennt werden. Der Angeklagte, der sich mit sinnloser Unruhe entzündete, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

In der Erregung hatte sich ein 53jähriger Kellner an einer Schneiderin vergreifen. Die Frau mochte über dem Mann und hatte infolge ihres Berufes nichts zu arbeiten. Dadurch fühlte sich der Kellner in seiner Nachtruhe gestört und kam zu dem Entschluß, auszuziehen. Als er am 18. Januar auf der Wohnungstür gewesen war und abends 8 1/2 Uhr nach Hause kam, traf er die Schneiderin im Dausstrich an und rief ihr zu: „Dir Frauenzimmer wische ich noch einmal etwas aus, bevor ich ausziehe.“ In einem darauffolgender Gespräch rief die Schneiderin dem Mann die Worte zu: „Du bist wohl verdrückt worden.“ Darauf schlug der Mann die Frau mit einem Stock ins Gesicht, infolgedessen die Besetzte eine Wunde am Auge davon trug. Da der Angeklagte noch unbetäubt und sehr nervös ist, wurde er zu einer Geldstrafe von 40 M. verurteilt.

Für die Ruhe langes Brevier. Als ein Schlichter in einem Sachschlichtungs-Prozess als Zeuge aufgerufen wurde, hatte er dem Angeklagten mitteilen lassen, er sei erst zum Mittagessen gegangen. Der Termin mußte deshalb vertagt werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeit. Zur Beachtung. Seit einiger Zeit geht ein Versicherungssager mit dem besten Schwindel haunieren, die Genossen Leopold und Bindu hätten ihm verheißentlich Ausnahmestellen zugewiesen, die in besonderen Fällen Ausnahmestellen seien. Es sei hiermit festgesetzt, daß die beiden Genossen Leopold und Bindu gar nicht einmal kennen, aus diesem Grunde einen Unbekannten auch nicht mit der Ausnahmestellung betrauen werden. Man hat es hier auf jeden Fall mit einem Schwindler zu tun, der die Unwissenheit anderer sich zu nütze machen will.

Hierzu sei bemerkt, daß die Ausnahmestellen der Genossen Leopold und Bindu dem Genossen Leopold überlassen sind und berufliche Ausnahmestellen der Arbeitervereinsvereinsleitung, bürgerliches Recht, gemeinrechtliches Recht, auch an Nichtorganisierte. Die Ausnahmestellen befindet sich 2,5 Marsdstraße 19a und vom 1. April ab Weberstraße 1, was wird in nächster Zeit durch Auslassung von Klafaten die Ausnahmestellen publiziert werden. In politischen Angelegenheiten steht an Parteigenossen nach wie vor Genosse Leopold, Rosenauer, die gemeinliche Ausnahmestellen.

Belegens. Stenographierkurs. (Gemeinlich). Der bisher vom Zentralverband der Schuhmacher unterhaltenen Kursus in Stenographie, zu dem nur besten Mitglieder zugelassen wurden, ist von Genossenschafts-Komitee übernommen worden und steht damit allen Genossenschafts- und Parteigenossen offen. Anfang April soll ein neuer Kursus beginnen. Alle die daran teilnehmen wollen, können sich bei ihren Vorständen oder Kassenscheuten und bei dem Genossenschafts-Komitee. Die nächste Sitzung findet am 25. März statt. Alle Delegierten haben zu erscheinen.

Udenua. 20. März. (C. B.) Ein plötzlicher Tod überraschte heute morgen die Frau des Steigers Freitag in Stredra. Sie bekam einen Schwindelanfall, fiel um und mit der Stirn derartig auf einen eisernen Topf, daß sie auf der Stelle tot war. Als ihr Mann erkrankte, fand er sie zu seinem Schrecken blutüberströmt als Leiche vor. Vier unmündige Kinder verloren die Mutter.

Udenua. (C. B.) Gemeinendahltag. Am 16. März war hier Gemeinendahltag. Der Bericht ging aus erst am 22. zu. Nach der Genosse, Hermann César Klingling, wurde mit 19 Stimmen gegen Grubenauer Hermann, der 14 Stimmen erhielt, gewählt. Die Vergleiche haben sich also nicht einfließen lassen, obgleich die Wahlbeteiligung früher hätte sein müssen. Es

Berthold Meryan. (Nachtr. verb.)

Roman von Cornelia Suenß.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Seine konservativ-arithmetischen Ohren werden heute abend endlich noch richtig was zu hören bekommen: das kann ich Dir schon im voraus berichten. Wer Dich hergebracht hat, wollte Dich jedenfalls mal gründlich reinlegen. . . . Wer war es denn nur?“

„Ich bin mit Warrens hergekommen. Wer weshalb nennt Du mich konservativ, da ich dies doch gar nicht bin, sondern liberal?“

„Zunächst, diesen starken Liberalismus, der die trassigste Reaktion betrifft, den kennen wir schon! Aber wirklich nicht recht! wenn ich vor meinem Tode auch niemals als liberal gelten möchte, diesem Kommunismus da mit seiner Abschaffung des Privatigentums und mit seinen Zeittheorien Rehe ich doch schmerzliche gegenüber.“ Bei diesen Worten zeigte er nach der entgegengekehrten Seite des Zimmers, wo eine Art Vorstandsmitglied mit der traditionellen grünen Decke aufgestellt war, an welchem die Tochter des Hauses mit den nötigen Schreibgeräten, sowie der Herrscher bereits Platz genommen hatten.

„Zieh doch mal das junge Mädchen!“ sagte Berthold mit Entsetzen. „Man kann es wirklich kaum ansehen!“

„Mich gegen der blonde Mädchenkopf nicht im geringsten, und der sozialistische Bombast wird mich auch nicht aus der Fassung bringen, sondern ich werde ihm später schon gehörig heimleuchten. Wie kannst Du als Vollblut-Liberal den Mädchenkopf nicht im geringsten anerkennen?“

„Sein Ton war fastlich.“ Bemerklich sehr bemerkt, wurde er als der Sohn eines Patrons in den weit intimen Kreisen der arithmetischen jungen Leute doch nicht gebildet, und weil Warren in Delft für einen „unmöglichen Aristokraten“ galt, suchte Meryan bei dieser Gelegenheit sich für die Ständescheidung des „Amsterdamer Pariserjournalisten“ schuldig zu halten. Seine Worte hatten auch getroffen, und eine Glut lag über sein Gesicht. „Warum nicht, wenn eine Amsterdamer findet vor allen Dingen seine Zeit nicht nutzlos zu verschwenden,“ antwortete er spitz. „Mir ist sie

unwahrscheinlich so kostbar, um in dieser Weise einen ganzen Abend zu verlieren.“

„In diesem Augenblick machte ein kräftiger Hannoverländer des Vorstehenden den immer lauter werdenden Unterhaltungen ein plötzliches Ende; und Berthold, der durch fortgehende kein unliebsames Aufsehen erregt, wollte sich nicht ausgeben, wie er meinte, gegen seinen Willen, in die Öffentlichkeit, aber, weil seine Neugierde doch stärker war als alles übrige.“

Mit einigen Worten teilte der Vorstehende dasjenige, was Berthold bereits durch seine Tochter erfahren hatte, mit. Dann gab er das Wort „dem Herrn Martialis“, der „auf besonderes Eruchen“ sich bereit erklärt habe, den Disputationsgegenstand, „Ehrlichkeit und gesellschaftliche Moral“, als Referent einzulegen und auf diesen Gegenstand alsdann zur allgemeinen Debatte stellen werde.

„Wie harmlos das lautet!“ flüsterete Meryan seinem Nachbar zu. „Und wie unschuldig nicht nicht der Jakobiner jetzt aus!“

Berthold nicht zustimmend und rühte von ihm ab, um weiteren Bemerkungen zu entgehen. Seine ganze Aufmerksamkeit lenkte sich auf Martialis, der im Aufsehen noch einige Papiere mit Notizen in Ordnung brachte. Alle fanden nun in dem größeren der beiden Zimmer, die sich gegenüber standen, den anderen Raum, in welchem Frau Demers die Sommer gemacht hatte, war verwahrt, und sie selbst hatte auf einem Sessel in der Nähe des Tisches Platz genommen. Auf den meisten Gesichtern zeigte sich ein lebhaftes Interesse ausgeprägt. Einzelne blickten Weisheit und Vorzueh in der Hand.

„Nun, durch das Martialis seine Meinung mit ihrem kaisersüchtigen Ausdruck durch das Zimmer schmeitete, als es er zu reden begann, richtete er sie über die Zuschauer hinweg nach einem festen Punkt, als wenn er dort die Worte, welche von seinen Lippen kamen, ablas.“

Er fing seine Rede an mit einer kurzen Uebersicht der Ethiktheorie, wie sie der Menschheit in diesem Jahrhundert von den Vorvätern der Naturgeschichte hergeleitet und am Ende der Evolutionstheorie von Spencer, der biologischen Untersuchungen von Huxley, dem Uebersicht der Arten von Darwin und dem Monismus von Hädel entstanden sei. In breiten Umrissen setzte er auseinander, wie die wissenschaftliche Revolution in unserer Zeit die gutheuerigen Optimisten und die abermaligen Reflektionen nach fehlerhaften Gläubigen aus ihrer tiefen Nacht erlöset habe, die von den veralteten Theorien und der spekulativen Philosophie verdrängte Wissenschaft von allen ihren Umhüllungen befreit habe.

„Er führte ferner aus, daß die Resultate dieser großen Umwälzung, welche sich nur erst auf das Denken und Streben der Hochbezieher der Wissenschaft beschränkten, sich langsam auf alle Menschen ausbreiten, ihr Leben, Können und Denken befruchten und alle gesellschaftlichen und ethischen Verhältnisse durchdringen werden.“

„Nur die Natur, welche die Welt erschaffen hat, die Natur, welche die Gesetze der Natur und den Kampf gegen die entsetzlichen Lebel, welche ungeduldet der Idealisten aller Zeiten und ungeduldet der großen Religionsgründer des Altertums in dem menschlichen Organismus unaufhörlich fortzuschreiten, erfolgreich führen.“

Die mächtigen Denker und Philosophen der früheren Jahrhunderte, welche ihre menschliche Selbstbeurteilung auf reinen Ideellen Grundlagen aufbauten, die großen reformierenden Bestreuer aller Zeiten, welche mit kindlicher Avidität schon Geisteswissenschaften erkennen, hätten in ihrer Unwissenheit der Naturmacht und dem Wesen des Menschen selbst machtlos gegenübergestanden. Sie hätten anständig dem Reiznis ihrer Seele geglaubt, ohne den Hebung der menschlichen Seele zu kennen; die einzigen konsequenzen Geistes sind aber unter diesen Bedingungen, welche in dem Reiznis der menschlichen Selbstbeurteilung bis in seine äußersten Konsequenzen durchgeführt, hätte er geirrt, mit der Heiligung durch Worte den Willen zum Guten zu reizen.

„Wir alle wissen,“ fuhr der Redner fort, „wie vergeblich Christus gekämpft hat, wie die falsche Lehre, welche seinen Namen trug, zu den entsetzlichen Gräueln, welche die Geschichte kennt, Veranlassung gab, und wie wissen auch, daß seine Lehre selbst in ihren gegenwärtigen Folgen die thellen Grenzen nicht überschreiten hat, daß sie niemals zu dem lächerlichen Leben, zu dem Wirrwirren und Kampfgelüben sich entwickeln, Gesellschafts-Dogmatismus durchgedrungen ist. Die einzigen konsequenzen Geistes sind aber unter diesen Bedingungen, welche in dem Reiznis der menschlichen Selbstbeurteilung bis in seine äußersten Konsequenzen durchgeführt, hätte er geirrt, mit der Heiligung durch Worte den Willen zum Guten zu reizen.“

„Und nach Christus waren es die Kirchenbäter, die Scholastiker, die Summarier, die Reformator und endlich später die Hlilipoten in England und Frankreich, welche ihre höchsten menschlichen Ideale, jeder in seiner Weise, zu vermittelten humanitären Lehren aufbauten, die von den veralteten phantastischen Schemen auszubringen, weil man damals noch nicht begriff, daß die menschliche Gesellschaft ein immer wachsendes

